

ROTFUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Neue 20-Prozent-Partei?

Folgt man der offiziellen Lesart, dann handelt es sich bei Kommunisten und Klassenkämpferischen Sozialisten in Deutschland um winzige „Rand- und Splittergruppen“. Sie werden allein an ihren mageren Wahlergebnissen gemessen, die sie unter den Bedingungen des lückenlosen Totschweigens einfahren. Eine „0,2-Prozent-Partei“ heißt es zum Beispiel verächtlich von der DKP. Auch in PDS-Kreisen. Doch gemach. Schon bald könnte der Verfassungsschutz, der für die flächendeckende polizeistaatliche Überwachung der Linken in Deutschland zuständig ist, in Arbeit ertrinken. Allerdings nur, wenn er in diesem auf „Politbarometer“ und Meinungstests geeichten Land jener neuesten Umfrage traut, die „Forsa“ Ende Mai abgeliefert hat. Sie wurde von der auf Seriosität bedachten bürgerlichen Zeitschrift „Die Woche“ in Auftrag gegeben. „Neues Deutschland“ suchte das sensationelle Sondierungsergebnis unter der abwiegelnden Überschrift einer Kleinmeldung „80 Prozent lehnen neue Linkspartei ab“ ins Bedeutungslose zu verbannen. Vier Fünftel der Deutschen hätten sich - laut Forsa - „gegen die Gründung einer neuen Partei links von SPD und PDS ausgesprochen“. Hier sieht man, wes Geistes Kind die Macher des PDS-eigenen Blattes sind. Wäre das kleinbürgerlich-liberale ND tatsächlich eine linke Zeitung, hätte man sich eine fünfspaltige Schlagzeile vorstellen können: „20 Prozent der Deutschen für radikale neue Linkspartei!“ Das hätte den Lesern die Tatsache ins Bewußtsein gehoben, daß sich erstmals seit 1989/90 ein Fünftel der Deutschen für eine echte politische Alternative zur Kapitulation vor dem Kapital und zur Klassenkollaboration erklärt hat. Oder lügt Forsa plötzlich? Ist das Umfrageresultat auf einmal keinen Sechser und wirklich nur noch eine 16-Zeilen-Meldung auf der dritten Innenseite wert? Unter denen, die sich für eine neue Partei links von SPD und PDS erklärt hätten, gebe es „große Unterschiede Ost-West“, verriet das ND. „Nur 17 Prozent der Westdeutschen“ seien auf der Seite der Befürworter. Nur? Zu keiner Zeit seit Adenauers KPD-Verbot hat es in der Alt-BRD eine solche Zahl von Menschen gegeben, die

auf eine linke politische Kraft hoffen, die wirklich sozialistische Ziele vertritt. Was bleibt da von der Behauptung, die Klassenkämpferische und revolutionäre Linke habe im Westen weder Chance noch Erfolgschance?

Im Ostteil Deutschlands zählten die Befürworter einer „neuen Linkspartei“ sogar 32 Prozent, habe Forsa ermittelt. So liest man es in der ND-Zwergmeldung. Die Idee erhalte der Umfrage zufolge „bei den Anhängern der PDS mit 71 Prozent den größten Zuspruch“. Verdient diese Tatsache etwa keine fette Spitzenmeldung in einem PDS-Organ?

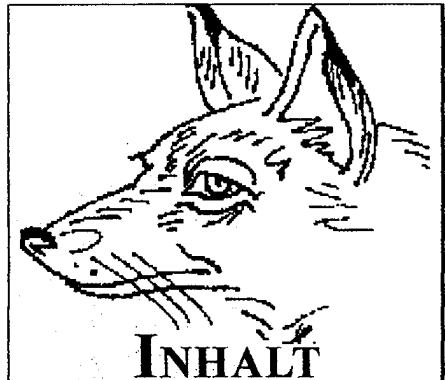
Gott bewahre! In der Chefetage des PDS-Vorstandes hat man ganz andere Sorgen. Petra Pau erklärte am 19. Mai 2000 gegenüber dem ND: „Ich erlebe Debatten und erhalte Post, wo ich dringend aufgefordert werde, kritische Sichten auf die DDR zurückzunehmen oder zumindest nicht öffentlich zu äußern. Alles Positionen, die wir uns als PDS schmerzhaft erstritten haben. Stichwort DDR-Bewertung, Stichwort MfS, Stichwort Mauer, Stichwort 17. Juni.“

Wundert sich die PDS-Spitze angesichts solcher Markierung konterrevolutionärer Standpunkte eigentlich noch darüber, daß 71 Prozent ihrer Genossen, deren Leben und Arbeit mit der DDR verbunden war, inzwischen auf eine ganz andere Partei setzen?

Um nicht mißverstanden zu werden: Wir meinen hier nicht die DKP. Sie besitzt trotz ihrer Orientierung auf die Arbeiterklasse und den Sozialismus, auf einen revolutionären Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen vorerst weder Statut noch Struktur, weder Gewicht noch Einfluß, um dem Wunsch eines Fünftels der Deutschen entsprechen zu können.

Doch das Reservoir für eine große Partei „links von SPD und PDS“ ist offensichtlich bereits vorhanden. Eine starke und einheitliche Partei aller deutschen Kommunisten und Linksozialisten kann sich jedoch nur im Ergebnis eines Prozesses formieren, der die Kräfte zusammenführt. Das muß von unten wachsen und von oben gefördert werden. Dazu bedarf es ideologischer Klarheit und politischer Konsequenz.

K. St.



Neue 20-Prozent-Partei?	S. 1
Notizen eines Gastes	S. 2
Notizen einer Delegierten	S. 3
Gemeinsamkeiten von Kommunisten in Ost und West	S. 4
Das Schweigen des Revolutionärs	S. 4
Nicht den Blick trüben lassen	S. 5
Bisher 86.000 Ermittlungsverfahren	S. 6
Kernfrage: Bewertung der DDR	S. 7
Wegweiser und Warntafeln	S. 8
Wie war das mit dem Eigentümerbewußtsein?	S. 10
Revolutionäres Gotha 1875	S. 11
Sandburgen und Luftschlösser	S. 12
Über Anpasser und Steher	S. 13
In bürgerlichen Pantoffeln zum Sozialismus?	S. 14
Zu Gramscis Parteitheorie	S. 15
Im Geist von Maurice Thorez	S. 16
Dulles gab das Signal	S. 16
Der Mann mit der Thälmann-Fahne	S. 17
Im Kreuzfeuer zweier Gangsterbanden	S. 17
Proletarischer Druck	S. 18
Pinochet muß verurteilt werden	S. 18
Die „Offenen Türen“ von Cabañal	S. 19
Schlagabtausch im Audimax	S. 20
Am Rande bemerkt	S. 21
Leserbriefe	S. 21
Termine & Anzeigen	S. 24

Vom 15. Parteitag der DKP in Duisburg

Notizen eines Gastes

Nicht immer ist der erste Eindruck der beste. So ging es mir beim 15. Parteitag der DKP, als ich meinen Platz auf der Besucherempore der „Rheinhausen-Halle“ eingenommen hatte und einen Blick auf die Stirnwand des Saales warf. Da waren, fein säuberlich aufgereiht, die Ziele des politischen Strebens der DKP angeheftet: „ARBEIT, FRIEDEN, DEMOKRATIE, SOLIDARITÄT, ZUKUNFT“. Das war alles - ich dachte schon, ich wäre im falschen Film! Gegen diese Ziele hat sicherlich weder die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen“ noch die „Katholische Arbeiterbewegung“ etwas einzuwenden. Da war also gleich die erste Notiz in meinem privaten Parteitagsprotokoll fällig: „Und der Sozialismus?“ Ob das Manko nun auch anderen aufgefallen war, oder ob man es schlicht vergessen hatte, die Sozialismus-Losung mit anzubringen: Am zweiten Tag sah ich das Quintett jedenfalls durch die sechste Zielbestimmung „SOZIALISMUS“ ergänzt. Nun war ich etwas weniger beunruhigt.

*

„DKP - Partei der Arbeiterklasse“ lautet der Anspruch. Die Realität z. B. in München: Eine Betriebsgruppe bei Siemens, für all die anderen großen Betriebe der bayerischen Landeshauptstadt, darunter so ein Schwergewicht wie BMW, gibt es eine weitere gemeinsame Betriebsarbeitergruppe! Die Betriebszeitung für „Bayer“ in Leverkusen („Die Pille“) erscheint zwar weiterhin regelmäßig, muß aber erarbeitet werden, ohne einen einzigen Genossen in den dortigen Werken des Konzerns zu haben! Besonders bedrückend für mich als alten Bergmann: Der Parteitag findet im Ruhrgebiet an einem symbolischen Ort statt - jedermann erinnert sich der monatelangen Aktionen der Rheinhausener Stahlwerker gegen die Schließung der Hütte mit einst 12 000 Beschäftigten. Während des ganzen Parteitages tritt weder ein Bergbaukumpel noch ein Stahlwerker ans Rednerpult! Was ist aus unserer einstigen „Stoßarmee des revolutionären Proletariats an Rhein und Ruhr“ (ich weiß, das klingt wieder nach „Partei-Esperanto“, aber ich bin trotzdem sicher, daß ich von allen Lesern verstanden werde) geworden? „Rheinhausen“ damals war wohl der Abgesang ...

Diese resignierende Einsicht wird leider nicht aufgewogen durch ermutigende Berichte aus dem Essener Norden, aus Gerresheim und Püttlingen über erfolgreiche Arbeit im kommunalen Bereich und im Wohngebiet. Jetzt soll versucht werden, von Wohngebietsgruppen aus die Betriebsarbeit aufzubauen. Das sagt alles über die Probleme der „Partei der Arbeiterklasse“!

*

Auf einem richtigen Parteitag gibts auch Anlaß zur Heiterkeit, das gehört dazu. Das herzlichste, lang andauernde Gelächter erhob sich, als

eine ganz engagierte Delegierte aus Essen (Bezirk Ruhr-Westfalen) darlegte, wie sie versucht habe, für eine Initiative im Bankenbereich „unsere Bündnispartner im Bezirk Rheinland-Westfalen“ zu gewinnen! Es dauerte etwas, bis der Armen bewußt wurde, daß sie die eigenen Genossen im Nachbarbezirk als „Bündnispartner“ angesprochen hatte.

War das der schönste „Versprecher“, so trug sich der Alt-Ideologe Robert Steigerwald mit dem schönsten Zitat - jedenfalls aus meiner Sicht, was niemanden verwundern wird - ins Parteitagsprotokoll ein. Im Verlauf einer hitzigen Debatte darüber, ob man aus dem Parteiabzeichen die der bürgerlichen Tradition zuzurechnenden Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold - heute durch den Einsatz der Bundeswehr im Kosovo unter der schwarz-rot-goldenen Fahne diskreditiert - herausnehmen solle oder nicht, erinnerte er daran, daß Stalin in seiner Schlußansprache auf dem XIX. Parteitag der KPdSU 1952 die Kommunisten in aller Welt aufgefordert hatte, die von der Bourgeoisie verratenen „bürgerlich-demokratischen Freiheiten“ zu verteidigen. Das funktionierte. Der Antrag wurde abgelehnt - es bleibt bei Schwarz-Rot-Gold im Parteiabzeichen. Interner Kommentar von Hans Heinz Holz: Das wäre sicher das erste Mal seit 1956, daß Stalin auf einem Parteitag der deutschen Kommunisten positiv zitiert wurde!

*

Mit Befremden vermerkt: Leo Mayer, Betriebsrat bei Siemens in München und Mitglied des Parteisekretariats, vertritt ja zum Teil sehr umstrittene Positionen. Stichwort: „Leoliberalismus“. Daß er sie verteidigt, ist sein gutes Recht. Aber auch wenn es um das persönliche Renommé geht, darf man sich nicht unlauterer Mittel bedienen, und das machte er - nach meiner Ansicht -, als er in der Auseinandersetzung mit hessischen Genossen darüber, wo örtlich die bessere DKP-Politik gemacht werde, auf die Stabilisierung der Mitgliedschaft in München seit 1996/97 verwies. Er unterließ es, dabei den Delegierten mitzuteilen, daß sich dieser erfreuliche Umstand wohl in erster Linie auf den kollektiven Beitritt von ideologisch vergleichsweise gefestigten, aktiven und den Altersdurchschnitt senkenden Genossen aus der damaligen „KAZ-Fraktion“ des Arbeiterbundes zurückführen läßt. Vergleichbares hat es anderweitig in der BRD, wo insgesamt die Mitgliedschaft seit dem letzten Parteitag um 15 % geschrumpft ist, nicht gegeben.

*

Zum Schluß ein Lichtblick: Das Jugendforum. Es zeigte, daß die Parteiführung darum weiß: Wenn es nicht gelingt, in den nächsten Jahren einen Umschwung, ja einen Durchbruch hinsichtlich der Gewinnung junger Menschen zu erreichen, könnte die biologisch bedingte fortschreitende Auszehrung am Ende

dazu führen, daß der in einem Leserbrief an die UZ (14. 1. 2000) geäußerte sarkastische und makabre Vorschlag von Prof. Dr. Georg Fülberth, Marburg, bittere Realität wird: Die Partei aufzulösen und für die verbleibenden „Unverbesserlichen“ so eine Art „Gesellschaft zur Propagierung des Marxismus“ zu gründen. Schwachpunkt des Jugendforums: Sechs auf dem Podium, davon fünf junge Männer und Anne Frohnweiler, eine verdienstvolle Genossin, aber doch - das darf man sagen, ohne taktlos zu sein - eine inzwischen über das Jugendalter hinausgereifte Frau. Offensichtlich hilft es wenig (und kostet nur wertvolle Redezeit), gebetsmühlenartig dauernd die Standardformel „Kommunistinnen und Kommunisten“, „Marxistische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen“ bis zu „Mitglieder und Mitgliederinnen“ zu verwenden. Dadurch allein wird die Gewinnung und Einbeziehung von Frauen nicht vorangebracht. Mich erinnert das obligatorische Anhängen von „...innen“ bei der Bezeichnung von Personengruppen beiderlei Geschlechts an frühere Zeiten, als besonders beflissene Gottesdiener nach jedem dritten Satz ihrer Rede ein „Gelobt sei Jesus Christus“ einflochten.

*

Ganz zum Schluß noch etwas Schönes: Eine Wendung in der Abschlusssprache des wiedergewählten Vorsitzenden Heinz Stehr brachte ein unerwartetes Leuchten in die Augen der älteren und alten Delegierten: Er erinnerte daran, daß gerade um diese Zeit vor 50 Jahren in Berlin das historische „1. Deutschlandtreffen“ der FDJ stattfand. 700 000 junge Friedenskämpfer, darunter 30 000 aus der BRD, demonstrierten der ganzen Welt die Bereitschaft der Jugend, die Einheit Deutschlands gegen die Spalter des Adenauer-Regimes zu verteidigen. Damals fielen die ersten Schüsse an der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten, als westdeutsche Beamte die FDJler gewalttätig an der Teilnahme hindern wollten. Sicher würde es helfen, wenn junge Leute durch Erlebnisberichte in der UZ vom damaligen Kampf mehr erfahren. Ja, wenn ...

*

P. S. Als ich nach Hause kam, lag in der Post das neue Heft von „offensiv“. Darin las ich, daß die Verantwortlichen der DKP einen Stand zum Angebot der Hannoveraner Zeitschrift auf dem Parteitag mit der Begründung „Platzmangel“ abgelehnt hätten. Wenn ich mich an den Tagungsort erinnere, wäre da noch reichlich Platz gewesen für einen bescheidenen Stand dieses konsequent linken Blattes. Klares Wort dazu: Das sind die Methoden, mit denen die Sozialdemokraten früher das Angebot unserer Publikationen auf ihren Veranstaltungen verhinderten! Sorry, aber so sehe ich das.

Rolf Vellay

Vom 15. Parteitag der DKP in Duisburg

Notizen einer Delegierten

Der Duisburger Parteitag hatte viele Facetten. Leidenschaftlich wurde im Saal und auf den Gängen debattiert, die Delegierten verabschiedeten mehrere Dokumente, darunter als Wichtigstes den schon seit Monaten diskutierten und in Teilen ergänzten Beschluß „Die DKP - Partei der Arbeiterklasse - ihr politischer Platz heute“. Als prägendes Element habe ich auch die Teilnahme von Vertretern kommunistischer und Arbeiterparteien aus 33 anderen Ländern empfunden. Leider fehlten die russischen und die ukrainischen Genossen. Für mich war dies der erste Parteitag, an dem ich teilnehmen konnte. Daher ist es verständlich, daß mich auch beeindruckte, was sicher mehr am Rande lag; so die überwältigende Gastfreundschaft und Herzlichkeit, mit der uns die Quartiergeber in einer Stadt nicht weit von Duisburg empfingen und betreuten. Was sich mir jedoch am nachhaltigsten eingeprägt hat, waren die Direktheit, die Frische und Unkompliziertheit sowie die Ernsthaftigkeit der Diskussion im Plenum. Sie gestaltete sich zu einem für mich äußerst interessanten Erfahrungsaustausch; einmal deswegen, weil sie den beachtlich breiten Aktionsradius der Genossen zeigte, und zum anderen auch, weil unsere realen Schwierigkeiten nicht unter billigem Optimismus versteckt wurden.

Unter theoretisch-ideologischem Aspekt war der Parteitag vielleicht nicht der große Wurf, vor allem auch deshalb, weil in der DKP seit langem kontrovers diskutierte wichtige Themen einfach ausgeklammert wurden. Da hatten viele - im positiv-konstruktiven Sinne - sicher mehr erwartet. Erheblichen Raum nahm die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit ein. Dieser Teil wirkte für eine ostdeutsche Delegierte beinahe vertraut, schließlich waren wir es gewohnt, zahlreiche grundlegende wie auch praktische Fragen mit Kollektiven von Werktätigen zu beraten. Natürlich geht es heute um andere Dinge: Wie kommen wir überhaupt ins Gespräch, wie helfen wir am besten mit, daß in den Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertreten werden, und, besonders wichtig, wie bringen wir kommunistische Inhalte ein. Vertraut war mir natürlich auch, daß die Redner im Wesentlichen gute Erfahrungen und geglückte Aktionen darstellten, während sie bei der Analyse der Mängel etwas zaghafter blieben. Interessant war zu hören, mit welcher Raffinesse die kapitalistischen Manager den „Arbeitnehmern“ vorzugaukeln vermögen, sie hätten gemeinsame Interessen. Immer wieder neue Lohnformen

und Arbeitszeitregelungen, Erfolgsprämien, Belegschaftsaktien, Auflösung des Flächentarifs. Das alles erschwert die organisierte Gegenwehr, führt zu Erscheinungen der Entsolidarisierung - Entwicklungen, die zunehmend auch in Ostdeutschland um sich greifen. Ein Genosse berichtete von seiner Stadt, die noch vor 10 Jahren ein blühender Industriestandort gewesen sei, heute jedoch mehr als 40% Arbeitslose habe. Das verhindere gesamtgewerkschaftliche Aktionen. Deshalb, so ein anderer Genosse, würde die Arbeit in den Gewerkschaften perspektivlos bleiben, wenn es nicht gelänge, klassenmäßige Inhalte hineinzutragen und sie mit unserer sozialistischen Zukunftssicht zu verbinden. Viele seien in Lethargie verfallen und träumten sich in ein „neoliberales Wolkenkuckuckshaus“. Die Gewerkschaften würden sich immer mehr zu Erfüllungsgehilfen der Kapitalisten entwickeln und das „Bündnis für Arbeit“ führe zu ihrer „umfassenden Niederlage“.

Wie ein roter Faden zog sich die Sorge durch viele Beiträge, wie wir mehr Mitglieder in den Betrieben gewinnen könnten. Denn noch zu oft mußten wir von außen argumentieren. „Wir können nicht nur beschließen, daß wir die Partei der Arbeiterklasse sind, wir müssen schon etwas dafür tun!“, rief eine Genossin. Und eine andere Rednerin sagte: „Wir wollen nicht in die Parlamente, sondern in die Betriebe!“

Mir schien diese Losung in ihrer Zuspitzung zu absolut, zumal sich der zweite große Diskussionsgegenstand gerade mit der kommunalpolitischen Arbeit der DKP befaßte. Ich hatte den Eindruck, als seien auf diesem Gebiet eher bescheidene Fortschritte erreicht worden. Mehrere Genossen unterstrichen sogar, daß man die kommunalpolitische und die betriebliche Arbeit als Einheit betrachten müsse. In Gladbeck sei die DKP vergangenes Jahr wieder ins Stadtparlament eingezogen, weil ihre drei Hauptvertreter in Betrieben aktiv und bekannt sind. Alle drei hätten in ihren Wahlkreisen mehr als 10% der Stimmen erhalten. In Bottrop überflügelte die DKP die PDS. In der parlamentarischen Arbeit komme es darauf an, politische Hintergründe deutlich zu machen und dies mit dem Protestpotential der Menschen zu verbinden. Es sei bloßer Parlamentarismus, „wenn wir uns darauf beschränken würden, im Rat schöne Anträge zu stellen, die dann sowieso nicht berücksichtigt werden.“ Oft erweise sich die Schaffung von Bündnissen als entscheidend für den Erfolg, wobei man sich als eigenständige politische Kraft dar-

stellen müsse. Gelänge dies, könne man es auch an steigenden Mitgliederzahlen ablesen. Und umgekehrt: „Wo nicht um marxistische Positionen gerungen wird, verlieren wir auch weiterhin Mitglieder!“

Prägnant führte Genosse Leo Mayer diesen Gedanken zu Schlußfolgerungen, was den unverwechselbar kommunistischen Inhalt unseres Auftretens ausmachen müsse: Die Betonung der Eigentumsfrage, weil sich hier alle Probleme bündelten; die Forderungen nach Arbeit und Frieden seien innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise nicht mehr lösbar; wir müßten das Klassenbewußtsein fördern und den Kampf der Arbeiterklasse entwickeln; schließlich gehe es um die Bereitschaft, neue Fragen zu erkennen und in den Grundorganisationen zu verarbeiten.

Als bewegende Höhepunkte des Parteitages habe ich den Auftritt der kubanischen Genossin und der Genossen der Jugoslawischen Linken (JUL) sowie der Sozialistischen Partei Serbiens empfunden. Es tat gut, die internationale Resonanz zu spüren, die die Solidarität und der Kampf unserer Partei gefunden haben.

Es gab jedoch auch Enttäuschungen für mich. So die in mehreren Reden schon fast vorwurfsvoll gestellte Frage, warum die Kommunisten aus der DDR in so geringer Zahl den Weg zur DKP finden. Niemand von diesen Rednern kam auf die Idee, die Ursachen in der DKP selbst zu suchen oder auch in Niveau, Westprofilierung, Themengestaltung und Ausstrahlungskraft der UZ. Gerade aus diesem Grunde ist es zu bedauern, daß unser Genosse Hans Fischer weder zu Wort kam noch in den Parteivorstand gewählt wurde. Ein Nationalpreisträger aus der DDR hätte dem Renommé der DKP nicht nur in Ostdeutschland sicher gut zu Gesicht gestanden. Hier spielt mit hinein, daß sich die DKP noch immer schwertut, sich ohne Wenn und Aber zur DDR zu bekennen. Seit zehn Jahren müssen die Ostdeutschen Wessiarroganz und Benachteiligungen verkraften - das sensibilisiert große Menschengruppen. Da darf man sich nicht wundern, wenn giftige Äußerungen selbst in unseren eigenen Presseorganen potentielle Mitglieder verprellen. Sicher wird die Diskussion darüber weitergehen.

Mein ermutigendes Fazit aus den Tagen in Duisburg: Wir, die Genossen aus der SED und die Genossen aus der alten DKP, haben mehr gemeinsame Erfahrungen, Erkenntnisse und Anschauungen als ich zuvor angenommen hatte.

Annemarie Mühlefeldt

Nicht gehaltener Beitrag des Genossen Hans Fischer, Gruppe Berlin-Nordost

Gemeinsamkeiten von Kommunisten in Ost und West

Durch die Regie des 15. Parteitags wurde veranlaßt, daß unser Delegierter, Nationalpreisträger Prof. Dr. Hans Fischer, Mitglied des Bezirksvorstandes der DKP Berlin, nicht das Wort erhielt. Wir drucken deshalb seine vorbereitete Rede im Folgenden ab.

In Berlin arbeiten Kommunisten aus Ost und West direkt und unmittelbar zusammen und wie Ihr wißt oder auf dem Parteitag erfahren habt, nicht immer konfliktfrei.

Was einigt uns alle?

Selbstverständlich ist es unser gemeinsames Ziel - der Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft; trotz alledem und ohne Wenn und Aber, ist es der Marxismus-Leninismus als unsere Weltanschauung und theoretische Basis unseres Handelns. Nach der Verabschiedung des Dokuments „Die DKP-Partei der Arbeiterklasse - ihr politischer Platz heute“ möchte ich mir die Aufzählung zahlreicher weiterer Gemeinsamkeiten ersparen. Was unterscheidet uns voneinander?

Erstens grundverschiedene Lebensläufe und zweitens grundverschiedene Erfahrungen mit dem Staat und seinen Organen, mit unserer Partei, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Im Unterschied zu uns aus der DDR standen die Kommunisten aus dem Westen immer im Kampf gegen eine starke und erfahrene Bourgeoisie unter Bedingungen eines verschütteten Klassenbewußtseins der Werktätigen. Wir haben Solidarität ge-

übt und auch mit ihnen gefühlt. Sie hatten starke Positionen in den Betrieben und besaßen reiche Klassenkampf Erfahrungen. Sie schwören auf ihre Kampfmethoden.

Die Kommunisten aus dem Osten haben eine sozialistische Gesellschaft aufgebaut. Sie mußten immer für etwas eintreten, etwas durchsetzen, weiterentwickeln, verbessern, verteidigen. Wir mußten die Macht sichern, nach innen und außen. Unser Kampf war der Kampf DAFÜR und dann kam erst der Kampf DAGEGEN. Viele unserer Genossen aus dem Osten haben ein hohes Lebensalter und engagieren sich dennoch nicht minder als die Jungen. Manche verfügen über ein sehr hohes Bildungsniveau, Menschenkenntnis und Lebenserfahrung. Nicht wenige trugen Verantwortung in wichtigen Positionen der Partei, des Staates, der Wirtschaft, der Medien usw. und haben sich nicht geschont. Bei meinem Einsatz in der Brigade Ché Guevara in Matanzas habe ich viele Genossen und Genossen aus dem Westen kennengelernt, die sich dort ins Zeug legten - bei 35 Grad auf dem Bau nicht immer ein Vergnügen. Ältere, die in Adenauers Gefängnissen saßen und ganz junge, die zu uns gefunden hatten. Wir waren uns einig im Grundsätzlichen, in der ganz konkreten Solidarität mit dem cubanischen Volk, wir kamen uns in der Arbeit und Freizeit, beim politischen Gespräch nahe - auch wenn manchmal die Fetzen flogen.

Was ist uns noch gemeinsam?

Natürlich ist es auch die strategische Niederlage des europäischen Sozialismus, die jeder von uns wohl anders verarbeitet hat, über die fast jeder mit Bitterkeit spricht. Ich meine, es waren nicht die Fehler und Versäumnisse von Müller, Meier oder Schulze - wie die Berliner sagen -, sondern es gab einen großen Komplex von Ursachen, die nach meiner Auffassung am besten im Buch unserer Genossen Czichon und Marohn „Das Geschenk“ beschrieben wurden. Auf dieser Basis könnten die kontroverse Diskussion fortgesetzt und strittige Auffassungen zu den Gründen unserer Niederlage debattiert werden.

Doch Europa ist nicht die Welt. Es gibt die sozialistische Großmacht China, es gibt das kämpferische cubanische Volk, es gibt das bewundernswerte vietnamesische Volk, das die stärkste imperialistische Macht in die Flucht geschlagen hat. Die kommunistischen Parteien dieser Länder haben gezeigt, wie man mit Erfolg dem Weltsystem des Imperialismus widerstehen kann. Von ihnen sollten wir einiges lernen können und historischen Optimismus zurückgewinnen.

Es bleiben Meinungsunterschiede zu bestimmten theoretischen Fragen, die es auch in Zukunft geben wird. Ich denke, daß es darauf ankommt, den Meinungsstreit auf geeignete Weise auszutragen, ohne Beleidigungen, Verdächtigungen und Mißachtung der Lebensleistung anderer. Ich bin zuversichtlich, daß wir unsere Probleme lösen werden und möchte meinen Beitrag dazu leisten.

Zum Tode Erich Mielkes

Das Schweigen des Revolutionärs

Erich Mielke - der proletarische Klassenkämpfer, Kommunist und Interbrigadist - ist in Berlin 92jährig gestorben. Das ND verweigerte seinen engsten Kampfgefährten - sechs Generalen des MfS - den Abdruck des von ihnen verfaßten Nachrufes. Die „junge Welt“ brachte ihn. Darin war von militärischen und tschekistischen Taten, vom Entstehen für die Sache, von hohen Ehrungen und Verdiensten um die Sicherheit der DDR die Rede. Wir zählen hier nicht die Orden, die der gestandene Antifaschist im In- und Ausland erhalten hat, wir erzählen stattdessen von seiner größten Tugend: Dem Schweigen des Revolutionärs. Als Erich Mielke, auf den sich stets der besondere Haß des Klassenfeindes konzentrierte, im Haftkrankenhaus des Untersuchungsgefängnisses Berlin-Moabit gefangengehalten wurde, haben wir ihn viele Male besucht. Monat für Monat bekundeten wir dem „1. Tschekisten der DDR“, wie ihn seine Mitstreiter nannten, unsere Solidarität. Das war zunächst, als sich andere Besucher noch gar nicht oder erst spärlich einstellten, ein Spießrutenlaufen. Doch es sollte bald feindseliger Bewunderung weichen. Vor allem die Leute im Einlaßbereich, die unsere Ausweise kontrollier-

ten und die Leibesvisitation vornahmen, zollten denen insgeheim Achtung, die ihren Genossen in kritischer Lage nicht im Stich ließen. Später richtete man nach unserem Zusammentreffen mit dem „gefährlichsten politischen Gefangenen der BRD“ die interessierte Frage an uns: „Na, wie geht es Herrn Mielke?“

Der Minister galt als schroffer, aber zugleich aufmerksamer Mann. In Moabit wurde er „hautnah“ bewacht. Bei unseren Besuchen rückte ihm ein „Hospitalpfleger“ oft derart auf den Pelz, daß kaum noch eine Hand dazwischen ging. Man wollte jede Silbe auffangen und jede Geste erfassen. Wir ließen uns dadurch nicht ins Bockshorn jagen und berichteten Erich Mielke über Wichtiges, was draußen vor sich ging. So waren wir - wie andere Genossen, z. B. der KPD - eine Brücke zur „lebendigen Partei“. Der Gefangene sorgte sich um alles. Oft sprach er von der ihn bedrückenden Last, daß Dokumente und Unterlagen des MfS, darunter die Namen der hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeiter, in die Hände des Gegners gefallen waren. Viele Mitkämpfer mußten nun unter dessen Rache leiden.

Seltener ging Erich Mielke auf seine eigene Lage

ein. Als die Haftjahre immer drückender wurden und der Hochbetagte seine Gebrechlichkeit stärker spürte, sagte er uns: „Ich muß hier raus. Ich brauche die Möglichkeit, mich etwas zu regenerieren und Kraft zu schöpfen.“ Doch sofort fügte er als seine Maxime hinzu: „Was immer auch mit mir geschieht, meine Geheimnisse nehme ich mit ins Grab. Niemand wird etwas erfahren. Die Genossen können sich auf mich verlassen.“ Unzählige Male hat er uns das versichert.

Das Schweigen des Revolutionärs floß uns große Achtung ein. Besonders in einer Zeit, in der nicht wenige geltungsbedürftige Schwätzer aus den eigenen Reihen ihren Eid brachen, zu Verrätern wurden und ihre Kenntnisse für einen Judaslohn preisgaben.

Haßerfüllte Medien der Bourgeoisie haben Erich Mielke als Kankatur dargestellt: als den Tölpel, der mit seinem Lederhut unbeweglich auf der Anklagebank sitzt und nicht mehr als seinen Namen zu nennen weiß. In Wirklichkeit verbarg sich hinter dieser Haltung die Unbeugsamkeit eines Kommunisten, der für die Sache der proletarischen Revolution durchs Feuer zu gehen bereit war. Klaus Steiniger/Kurt André

Bisher unbekannter Brief Erich Honeckers an Genossen der DKP exklusiv im „RotFuchs“

Nicht den Blick trüben lassen!

Genossin Margot Honecker übersandte dem „RotFuchs“ aus Santiago de Chile einen bisher nicht veröffentlichten Brief des Genossen Erich Honecker, den dieser am 17. Juli 1991 aus Moskau an zwei in der Solidaritätsarbeit besonders aktive Genossen der DKP - Werner Cieslak (Essen, inzwischen verstorben) und Heinz Junge (Dortmund) - gerichtet hatte. Er war durch Signum Erich Honeckers ab 1. Dezember 1991 „zur Verwendung freigegeben“ worden. Die Genossen Cieslak und Junge hatten das historisch bedeutsame Dokument damals weitergereicht, ohne daß es nach unserem Wissen bisher publiziert wurde. Genossin Margot Honecker autorisierte uns nun in einem Brief an die Genossen Lena und Kurt Andrä, das Schreiben der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

... Im Grunde genommen sind wir doch schon eine große „Partei“, eine Partei mit Perspektive. Dafür dürfen wir uns den Blick nicht trüben lassen, auch wenn die Lage jetzt schwierig ist. Es gibt Parteien, die haben mit weniger Mitgliedern angefangen. Was will ich damit sagen? In der gegenwärtigen Situation können wir nicht damit rechnen, daß die „Massen“ zu uns kommen. Die SED war eine Massenpartei. Über zwei Millionen hatten etwas von Marx, Engels und Lenin gelesen. Man neigt heute dazu, das zu bezweifeln, aber es war so. Heute, wo wir in die Tiefe geschleudert wurden, sind es nur noch wenige, die sich offen zu Marx bekennen. Einige zweifeln und es waren wohl viele, die uns, wenn wir über die Schattenseiten des realen Kapitalismus und seine Ausgeburt, den Faschismus, sprachen, nicht so recht glaubten. Jetzt, nachdem die westlichen Werte allem „übergestülpt“ wurden, stellt zumindest ein Teil der Menschen zu seinem Erschrecken, zu seinem Entsetzen und aus Enttäuschung fest, daß seine Träume, oder besser, seine Illusionen nicht aufgehen, sondern daß schlicht und einfach das Geld regiert. ...

Unsere Träume, meine und Eure, von einem Deutschland, in dem der Schwur der Überlebenden von Faschismus und Krieg verwirklicht sein wird, gingen nicht in Erfüllung. Wir wissen warum. Ihr und wir sind dafür eingetreten, daß das Potsdamer Abkommen der Alliierten in ganz Deutschland verwirklicht wird. Ich erinnere mich gut. Max Reimann erhob als Vertreter der KPD im Parlamentarischen Rat seine Stimme gegen die Gründung des Separatstaates. Leider konnten wir es nicht verhindern, daß Deutschland in zwei Staaten gespalten wurde, da schon alles festgelegt war: Die Bildung der Bizone, der Trizone und die separate Währungsreform. Viele von uns, ob sie hüben oder drüben gearbeitet haben, kennen das alles sehr genau, bedeutend besser als die, die jetzt darüber schreiben - oft aus

Unkenntnis und meist mit der Absicht, die Wahrheit zu entstellen. Es wird nicht aus der Welt zu schaffen sein, daß auf deutschem Boden, in der so beschimpften und verleumdeten DDR, der einzigartige große Versuch unternommen wurde, dem Sozialismus in Deutschland eine Heimstatt zu schaffen. Trotz allem Dreck, der auf die DDR mit ihrer „40jährigen Mißwirtschaft“ geschleudert wird, werden die Menschen eines Tages wieder stolz darauf sein, Bürger der DDR, des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates, gewesen zu sein. Jetzt werden die Bürger geschreckt und erschreckt mit dem „Stasi-Wahn“. Wut, Enttäuschung, Haß, alles soll auf die Stasi geladen werden, die gewissermaßen als Synonym für das sozialistische „Regime“ stehen soll. Ihr wißt am besten, daß sich wohl der Bonner Verfassungsschutz, der BND und der MAD angesichts dessen, da sie ja vor allem die Schauerermärchen über die „Opfer und Täter“ in die Welt gesetzt haben, eins ins Fäustchen lachen. Wenn man die Akten über die 7 Millionen BRD-Bürger veröffentlichen würde, die dort bei den Geheimdiensten gelagert sind, gäbe es sicher ein großes Erwachen. Aber solches zu tun, ist ja jetzt tabu, das steht nur den „Siegern“ zu.

Mit Interesse, das könnt Ihr Euch vorstellen, habe ich das Referat auf dem Parteitag der DKP gelesen. Besonders aufschlußreich fand ich die Einschätzung der heutigen Weltlage und der Situation in Deutschland, vor allem die in diesem Zusammenhang getroffene Feststellung, daß sich „die bedrückenden Auswirkungen des Anschlusses der DDR... in erster Linie aus dem kapitalistischen Charakter der ‘Anpassung’ der bisherigen DDR-Wirtschaft an die bundesdeutschen Kapitalinteressen, aus der imperialistischen Art der Vereinnahmung der neuen Ostprovinzen durch das bundesdeutsche Finanzkapital ergeben.“ Das ist eine wirklich zutreffende Einschätzung. Man wird, darüber bin ich mir im Klaren, große Mühe haben, gerade das den Menschen bewußt zu machen, denn das heißt, gegen den Strom zu schwimmen, da doch alle politischen Kräfte, mit Ausnahme der DKP, sich gemüßigt fühlen, die DDR, die SED zu verteufeln, sie für die entstandene Lage in erster Linie verantwortlich zu machen. Täglich hämmert man den Menschen ein: Das System ist schuld. Die Roten zu verteufeln, das war schon nach der Oktoberrevolution gang und gäbe. Heute las ich in der FAZ den Bericht „Der leise Triumph“ über die Tagung der Sozialistischen Internationale in Frankfurt. Diese war der Wiegergeburt der Sozialistischen Internationale gewidmet, die im Krieg untergegangen war. Da sich die Welt im Jahre 1951 tief im Winter des Kalten Krieges befand, war der demokratische Sozialismus als Kampfbegriff in der Auseinandersetzung mit den sozialistischen Regimes und Parteien geboren worden. Bisher jedoch gibt es kein Land, in dem

unter der Führung der Sozialdemokratie irgendein Sozialismus aufgebaut wurde. Gegenwärtig ist wohl nicht zu übersehen, daß in der SU starke Kräfte wirken, die das Rad der Geschichte zum Kapitalismus zurückdrehen wollen. ...

Aufgrund der Ereignisse 1989/90 dürfen wir den Kopf nicht hängen lassen, da teile ich ganz Eure Meinung. Man darf nicht außer Acht lassen, davon ist auch hier mehr und mehr die Rede, daß der amerikanische und andere westliche Geheimdienste seit über 20 Jahren planmäßig auf eine solche Situation hingearbeitet und auch Personen aufgebaut haben, denen sie im Leben der sozialistischen Länder eine besondere Rolle zuschrieben, die sie beim Umbruch zu spielen haben. Im Zusammenhang mit den eigenen Schwächen muß man die zielbewußte Arbeit der westlichen Geheimdienste beachten, die ihre langfristige Wirkung ganz offensichtlich nicht verfehlte. Vielleicht waren wir alle auch nicht wachsam genug.

Es ist wohl tuend, daß Euer Parteitag nicht oberflächlich an die Analyse der Niederlage des Sozialismus herangegangen ist, sicher auch im Wissen darum, daß gegenwärtig niemand in der Lage ist, auf die vielen offenen Fragen eine Antwort zu finden. Es ist zu billig, für die Niederlage des Sozialismus seine wie auch immer gearteten Modelle allein verantwortlich zu machen. Das läuft letztlich darauf hinaus, was in der Geschichte so neu nicht ist, unsere Idee aus der Welt verbannen zu wollen. Es stand schon an der Wiege der kommunistischen und Arbeiterbewegung, die Bürger zu schrecken, siehe „Ein Gespenst geht um, das Gespenst des Kommunismus“; es setzte sich fort mit der Verteufelung der jungen Sowjetmacht, der „Gefahr der Bolschewisierung“, dieser Parole, die ihren Höhepunkt in der Zeit des Faschismus fand. Heute wird das logisch fortgesetzt mit der Verteufelung des Sozialismus als undemokratisch, als stalinistisch. Stalinismus wird mit Faschismus gleichgesetzt, ein Versuch, den Faschismus reinzuwaschen.

Die DKP ist ja nun die einzige Partei, die die Gegenwartsaufgaben so konkret in den Vordergrund des Kampfes gerückt hat und mit einer klaren antikapitalistischen Position für die Erneuerung der Bundesrepublik eintritt. Es ist sicher schwer, sich freizumachen von der „Verteufelung des Sozialismus in der DDR und deren Trägern“ sowie den verhängnisvollen Folgen, die diese Verunglimpfung in den Köpfen der Menschen angerichtet hat. Aber wird es auf die Dauer richtig sein, hier auszuweichen, zu schweigen? Dieser Sozialismus, mit allen seinen Fehlern und Schwächen, war eine real existierende „antikapitalistische Gesellschaft“; sie hat, ob man ihr das zugestehen will oder nicht, die elementaren entscheidenden Menschenrechte, für die wir Kommunisten eintreten, im Leben verwirklicht. Viele Parteien

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

haben über ein Jahrhundert hinweg den Sozialismus in ihre Programme geschrieben, aber erst die SU, China, die mittel- und osteuropäischen Länder und Cuba nicht zu vergessen, haben ihn versucht, haben ihn gemacht. Und es ist ja in einigen Ländern noch gar nicht erwiesen, ob er nicht doch standhält. Ich stehe auf dem Standpunkt - so wie die Dinge sich entwickelt haben und wie sie sich vor allem entwickeln werden -, daß man Schluß machen muß mit der pauschalen Einschätzung und der Verurteilung des Sozialismus, wie er nun einmal war. Wie sonst sollen die Menschen in Ost und West wieder Vertrauen finden zu unseren Idealen, zu einer Partei, die als ihr Ziel erklärt: Gegen den Kapitalismus gibt es nur eine sozialistische Alternative. Ich sage ganz offen, weil die Lage so ernst ist, hier, weltweit und bei uns zu Hause: Man muß Schluß machen mit dem „Verriß“ der Vergangenheit, das macht doch der Gegner zur Genüge. In dieser Linie weiterzumachen, aus taktischen Gründen oder aus welchen auch immer - das vermag ich nicht zu beurteilen -, glaube ich, das schlägt letztlich gegen die Partei, das zeigen schon die Erfahrungen hier, oder sie werden es noch deutlicher zeigen. Und die PDS ist wohl auch gerade deshalb in die Sackgasse geraten.

Es ist sicher schwer, ein schwerer Weg für die Partei, Fuß zu fassen im Osten, und in Ost und West wieder vor allem in der Arbeiterklasse und unter den Jüngeren. Und sicher sollte man auch nicht auf die gestandenen Genossen verzichten, die ihre Heimat noch in der PDS sehen, und auch nicht auf die, die ehemals Mitglieder der SED waren; die werden ja ohnehin vom Gegner ausgegrenzt. Will man auch im Osten Fuß fassen, wird man wohl nicht an ihnen, an ihrem Befinden vorbeikommen; sie brauchen Orientierung, das sollte man nicht der eifrig darum bemühten Sozialdemokratie überlassen. Ihr versteht sicher richtig, das alles macht die Analyse der Probleme, Fehler und Schwächen unsererseits, die es, darüber bin ich mir im Klaren, dem Gegner ermöglichen, so frontal den Sozialismus in Osteuropa aufzurollen, nicht überflüssig. Aber ist es nicht das Gebot der Stunde, ehe es wieder einmal zu spät ist, alle die einzubeziehen, die bereit sind? Über die Schwelle muß man hinweg, d. h. alle die unangenehmen, in jedem Umsturz zutage tretenden Erscheinungen von Renegatentum, Feigheit, Opportunismus und Verrat dürfen uns nicht den Blick trüben, sonst kommt man aus der Defensive nicht heraus. Ja, wir wollen immer viele, wir wollen alle mitnehmen auf unserem Wege, aber das schließt auch Zeiten ein, da wir in Kauf nehmen müssen, daß mancher uns noch nicht versteht, daß viele, auch Genossen und Gleichgesinnte, nach dieser Flut von Vergiftung nicht gleich begreifen, warum wir so oder so handeln müssen, ja, daß sie uns vielleicht nicht gleich zustimmen werden. Aber es ist auch dies eine Lehre aus der jüngsten Geschichte: Wir Kommunisten dürfen uns niemals scheuen, die Wahrheit zu sagen, auch wenn sie noch nicht gleich angenommen wird. ...

Herzliche kommunistische Grüße
von Margot und mir
Erich

2. Politbüroprozeß verläuft nach altem Strickmuster

Bisher 86 000 Ermittlungsverfahren

Seit dem 9. Mai 2000 stehen die Genossen Hans-Joachim Böhme und Siegfried Lorenz sowie Herr Herbert Häber im sogenannten 2. Politbüroprozeß wegen angeblichen Totschlags durch „Unterlassung“ vor dem Moabiter Landgericht in Berlin unter Anklage. Richter Luther stellte kurz nach Eröffnung der Hauptverhandlung fest, daß der Prozeß „von der Presse möglicherweise höher eingeschätzt wird als von uns (der Justiz - K. A.) selbst“. So reiht sich dieses Verfahren in das bekannte und seit Jahren immer wiederkehrende Muster aller vorangegangenen politischen Gesinnungsprozesse gegen Verfechter und Verteidiger der DDR ein.

Die Ankündigung vom Oktober 1999 zur vermeintlich unmittelbar bevorstehenden Beendigung der Tätigkeit der Sonderstaatsanwaltschaft II war eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit. Die Gerichte geben bis heute immer wieder neue Termine für politische Prozesse gegen Angehörige der Schutz- und Sicherheitsorgane, Funktäre der Partei und des Staates sowie Juristen der DDR bekannt.

Nach unlängst veröffentlichten Statistiken wurden seit 1990 rund 86 000 Ermittlungsverfahren

mit 120 000 Betroffenen eingeleitet, von denen bisher 800 verurteilt worden sind. Es wurde gegen ca. 7 000 Kundschafter für den Frieden ermittelt. 30-40 000 Ermittlungsverfahren liefen allein gegen DDR-Juristen. Als Fazit einer Zwischenbilanz läßt sich sagen: Ankläger und Richter (ausschließlich aus dem Westen) waren überwiegend politisch voreingenommen, arbeiteten mit der Zielsetzung der Delegitimierung der DDR und waren zudem nur unzulänglich mit der Kenntnis des angeblich anzuwendenden DDR-Rechts ausgestattet.

Die Angeklagten (fast alle aus dem Osten) hatten nicht mit Fairneß zu rechnen. Denn die Waffen in diesem Kampf sind ungleich - der unbedingte Verurteilungswille stand im Vordergrund der Verfahren. Anträge zur Entlastung der vor Gericht gestellten Antifaschisten durch ausländische Zeugen wurden in der Regel abgewiesen, internationale Gutachter für Völkerrecht nicht zugelassen.

Mehr als 8 Jahre (!) nahmen die Ermittlungen zum zweiten Verfahren gegen frühere Mitglieder und Kandidaten des SED-Politbüros in Anspruch. Und die Bilder gleichen sich: Wie einst Erich Mückenberger wurde auch Siegfried Lorenz 1992 erst einmal getäuscht und als „Zeuge“ in seiner späteren Strafsache vernommen. Als mageres Ergebnis jahrelanger „Ermittlungen“ wiederholt die Anklageschrift nur die gleichen Argumente und die immer wiederkehrenden gleichen Namen der „Maueropfer“, wie sie schon in Sachen Krenz, Baumgarten, Goldbach u. a. zur Sprache kamen. Dieser Prozeß bleibt für mich wie alle vorangegangenen „Fälle“

eine juristische Abrechnung mit dem politischen Gegner.

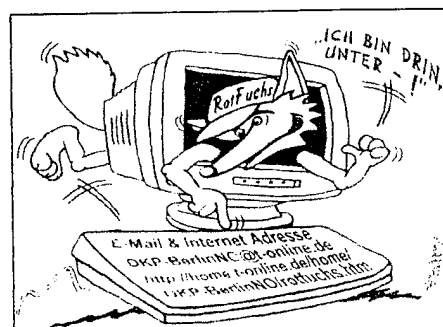
Zur Zeit laufen 20 Strafverfahren gegen DDR-Bürger, 10 Verurteilte befinden sich in Haft, 7 Personen steht nach Rechtskraft ihres Urteils der Vollzug bevor, über 20 Verurteilte haben Rechtsmittel eingelegt. Unerträglich sind die Kostenlasten der Justizopfer, die sich oftmals um die 100 000 DM bewegen.

Während Herr Schabowski damals seinen Prozeß als „fair“ empfand und Herr Häber „nun endlich ein Urteil erwartet“, können die Angeklagten Böhme und Lorenz sehr berechtigt für sich „keine persönliche strafrechtliche Verantwortung erkennen“. Beide bestritten die Feststellung der Staatsanwaltschaft, daß sie an Beschlüssen zum Grenzregime beteiligt waren, und stellten nicht nur deshalb Anklage und Prozeß in Frage. Strafverteidiger Dr. Friedrich Wolff (Verteidiger von Lorenz) wies nach, wie sich politische Voreingenommenheit mit Rechtsbeugung in der Anklage paart und die Ideologie des Kalten Krieges noch immer bis in die Gerichtssäle hineinwirkt.

Das belegte Nebenkläger Plöger, dem keine Lüge zu billig ist, um als Racheengel zu wirken. Im 2. Politbüroprozeß verwies er am 5. Mai 2000 zur „Stützung“ seines Vorwurfes des „Mordes“ auf Anträge und Reden des Abgeordneten Stefan Hilsberg (SPD) vor der letzten DDR-Volkskammer. Die Prüfung aller stenografischen Protokolle der Volkskammer aus der 10. Wahlperiode (5. April-13. September 1990) ergab jedoch, daß Herr Hilsberg in der gesamten Zeit auch nicht einmal zur anstehenden Sache das Wort ergriff. Er sprach im Plenum nur ein einziges Mal und zwar zu der Frage, ob das Sandmännchen weiterhin im Fernsehen gesendet werden solle. Wäre es nicht zu ernst, könnte man das Agieren des billigen Advokaten Plöger für einen schlechten Witz aus dem von ihm präsierten Karnevalsverein halten.

Ende Juli soll der 2. Politbüroprozeß beendet sein - ein politisches Gesinnungsverfahren, wie immer es auch ausgehen mag. Unsere Forderung bleibt unverändert: Schluß mit der politischen Strafverfolgung! Unsere Solidarität gehört allen angeklagten, eingekerkerten und bedrohten Antifaschisten.

Kurt Andrä



Kernfrage: Bewertung der DDR

Am 26. Mai besuchte Dr. Manfred Sohn unsere Gruppenversammlung und sprach zu einigen Aspekten des aktuellen Standes der Parteidiskussion. Einmal mehr erwies sich der namhafte DKP-Theoretiker als streitbarer Leninist, der seine erfrischenden Thesen durch gewichtige Argumente zu unterlegen wußte. Übrigens: Manfred war bis zum 14. Parteitag Ideologie-Sekretär der DKP und später das erste Mitglied des Parteivorstandes, das sich im „RotFuchs“ mit einer Würdigung des 50. Jahrestages der Gründung der DDR zu Wort meldete. Und so begrüßte er uns: „Ich freue mich, bei Euch, im Bau der Rotfuchse, zu sein.“

In seinen einleitenden Darlegungen beschränkte er sich auf die Thematik von Wesen und Charakteristik der revolutionären Partei heute. Er wertete die bisherige Diskussion als noch zu sparsam; im Vorfeld früherer Parteitage sei sie entschieden lebhafter gewesen, „und das ist kein gutes Zeichen“. Er ging auf die in dieser Diskussion bisher veröffentlichten Gedanken ein. Da der Marxismus eine historische Wissenschaft sei, könne auch das Leninsche Parteikonzept nicht unter allen Aspekten ein für allemal Bestand haben. Das konstante Element dabei sei die Notwendigkeit der Umgestaltung der alten, vor allem auf Reformen orientierten Partei zu einer wirklich revolutionären proletarischen Avantgarde. Manfred wandte sich gegen die Behauptung, daß die zwischen 1917 und 1989 zugelassenen Fehler die Mängel der Leninschen Parteitheorie bezeugten. „Hier werden zwei Dinge durcheinandergebracht: das Konzept für die Eroberung der Macht und die Hinweise für die Ausübung und Verteidigung der Macht“. Die von Rosa Luxemburg geäußerte Kritik an der übermäßigen Zentralisation in Lenins Parteikonzept greife historisch erst für die Zeit nach der Eroberung der politischen Macht. „Hinsichtlich der Eroberung der Macht hat sie unrecht, wie 1917 beweist.“ Andere Probleme entstünden für die Partei an der Macht. Bis heute fehle eine Theorie des Konflikts und seiner Bewältigung im Sozialismus. „Aber mit der theoretischen Klärung dieser Frage können wir uns in Deutschland leider noch ein bißchen Zeit lassen.“ Eine Aufgabe heute bestehe im Suchen und Auffinden des Pfades, auf dem wir vom Imperialismus zum Sozialismus gelangen. „Wir kommen auf diesem Weg jedoch nicht voran, sondern gehen zurück!“ Als Ursachen dafür nannte Manfred die unzureichende Führung der Partei und Mängel in der Tätigkeit des Apparates. Zum Beleg dafür verwies er auf die andersgeartete Entwicklung der kommunistischen Parteien in den beiden stärksten imperialistischen Ländern, Japan und USA. Beide Parteien gewannen deshalb an Einfluß, weil sie 1. der ideologischen Arbeit klare Priorität

zuweisen und 2. ihre straffe Organisation nicht aufweichen lassen. Die KP Japans umfasse z. Z. 370 000 Mitglieder und erziele 15 % der Wählerstimmen. Sie halte an den Leninschen Parteiprinzipien fest (z. B. im Programm und Statut: Vorhutpartei, historische Mission der Arbeiterklasse, Berufung auf Marx/Engels/Lenin als Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus). Organisationsprinzip sei der demokratische Zentralismus und das geschlossene Handeln der Partei werde „ziemlich rigoros, beinahe militärisch durchgesetzt“. Auch in der KP der USA habe eine mit Mitgliederzustrom verbundene Aufschwungphase begonnen, die von Gus Hall in einer seiner letzten Reden als Nationaler Vorsitzender auf die zielgerichtete ideologische Arbeit der Partei „als Rahmenwerk“ zurückgeführt wurde.

„Bei uns dagegen häufen sich Verfallserscheinungen.“ Rosa Luxemburg habe „den Übergang von der zersplitterten zur einheitlichen Organisation“ als das Grundproblem der damaligen (vorrevolutionären) russischen Sozialdemokratie bezeichnet. „Wir aber bewegen uns zurück in diese Richtung ... Meines Erachtens stehen wir vor einer gewaltigen Verschärfung des Klassenkampfes. Um einen Gegner zu schlagen, muß man besser sein. Ohne eine Partei Leninscher Härte und Straffheit werden wir dem nicht gerecht werden.“

Vor Eintritt in die Diskussion ehrten die Teilnehmer das Andenken des wenige Tage zuvor verstorbenen Ministers für Staatssicherheit der DDR, des Kommunisten und Internationalisten Erich Mielke, mit einer Schweigeminute.

Von den etwa 50 Anwesenden beteiligten sich 11 an der thematisch weit gefächerten Diskussion, was wiederum Manfred Sohn veranlaßte, zwischendurch und am Schluß mit engagierten Beiträgen auf einzelne Fragen nochmals einzugehen.

Walter Florath: Der Begriff Zentralismus sei inzwischen zu einem Teufelswort geworden. Aber die Sowjetunion hätte Ende der 20er Jahre im zentralrussischen Industriegebiet einen Rückstand gegenüber den entwickelten Industrieländern von 100 Jahren gehabt, im Kaukasus von 200 Jahren, in Mittelasien von 500 Jahren und in Nordsibirien von 2000 Jahren. „Da ist es eine Überlebensfrage, jeden Nagel dort einzusetzen, wo er am meisten beim Vorankommen hilft.“

Gernot Bandur: Lenins Erbe sei vielgestaltiger, als es von Steigerwald und Sohn dargestellt werde. Für uns seien vor allem die Arbeiten Lenins aus den Jahren 1920/21 wichtig.

Die UZ sei früher interessanter gewesen, „da war es nicht schwierig, Abonnenten zu gewinnen.“ In den letzten Jahren spreche sie immer weniger an, z. B. durch die Überbetonung des gewerkschaftlichen Kampfes.

„Mich stört die furchtbare Polemik mit der Gruppe Nordost. Sie hindert mich daran, der DKP als Mitglied beizutreten.“

Manfred Sohn: 1. Zur Frage Zentralismus: Das Großkapital umgebe sich mit der Aura einer „netzwerkartigen“ Organisation, hinter der sich in Wirklichkeit gnadenloser Zentralismus verberge. Als Beispiel nennt er die Metallindustrie, wo bei freizügiger Arbeitszeitregelung für die höherqualifizierten Angestellten tatsächlich 47 Wochenstunden statt der tariflich gültigen 35 herauskämen.

2. Zur Streitkultur: Die DKP müsse sich stolz in die Tradition der DDR stellen. Der Streit in der Partei entzünde sich immer noch an der Bewertung der DDR. Deshalb sei der „RotFuchs“ so wichtig. „Solange wir damit nicht durch sind, kommen wir nicht zu recht.“ Der Zugang zu jungen Leuten öffne sich wesentlich über die ideologische Flanke.

Hartwig Strohschein stellte die Frage nach der Zukunft der ideologischen Arbeit in der Partei. Er befürwortete eine personelle Konstellation, mit der dieser Bereich wieder auf das Niveau vor dem 14. Parteitag gebracht werden kann.

Peter Wegner ergänzte: „Ich vermisse den roten Faden in unserer Politik, der uns ein einheitliches Auftreten z. B. in kommunalen Fragen ermöglichen würde.“

Karl-Eduard von Schnitzler: „Macht an sich ist nichts Schlechtes; es kommt nur darauf an, wer sie hat“. Auch Polemik an sich sei nicht gut oder schlecht. Schlecht sei nur die wenig kulturvolle Art, in der die Polemik aus Essen mit uns begonnen wurde. Zwischenruf von Marta Rafael: „Diese Art von Polemik kostet uns 80 % unserer Kraft!“

Walter Florath: „Demokratischer Zentralismus ist nicht gleich Bürokratie und Autorität ist nichts Unanständiges.“ Als Beispiel nennt er eine Episode: Walter Ulbricht habe der ND-Redaktion einmal einen Leitartikel des „Tagesspiegel“ als Muster niveauvoller journalistischer Arbeit empfohlen, was Anlaß zu ernsthaften Konsequenzen in der Redaktion gewesen sei. In den 80er Jahren habe man den Zeitungsmachern stattdessen zunehmend den Wortlaut von Meldungen und Kommentaren vorgeschrieben.

Annemarie Mühlefeldt: Lenin habe immer zwischen demokratischem Zentralismus und Schematismus unterschieden. Der GOELRO-Plan zur Elektrifizierung und Industrialisierung des ganzen Landes sei das Werk auch ganzer Kolonnen einbezogener bürgerlicher Wissenschaftler gewesen. Lenin habe übrigens für sozialistische Betriebe das Streikrecht empfohlen, um sowohl gewerkschaftlichem Verlangen Nachdruck verleihen zu können als auch zur Verhinderung von Selbstherrlichkeiten mancher Leitungen.

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

Helga Archut schlug vor, ältere Genossen sollten ihre Erlebnisse und Erfahrungen stärker den Jüngeren zugänglich zu machen.

Brigitte Queck (Gast): „1989 hat man die Macht einfach aus der Hand gegeben. Kein Staat der Welt hat jemals dem Gegner die Waffen vor die Füße gelegt. Cuba hätte das nie gemacht!“ Sie rief dazu auf, verstärkt an Aktionen der Berliner Friedenskoordination teilzunehmen. Leidenschaftlich verurteilte sie die NATO-Greuel gegen Jugoslawien. „Wir rennen in Tschetschenien in dieselbe Menschenrechtsfalle wie im Kosovo.“ Die russischen Militäraktionen in Tschetschenien seien kein Angriffskrieg, sagte die Juristin. Laut Artikel 51 der UN-Charta besitze jeder Staat das Recht zum Einsatz seiner Militärmacht, wenn im Innern von hochbewaffneten Terroristen angegriffen wird. „Ich mußte jedoch erleben, daß eine führende Genossin der DKP den Krieg der russischen Armee in Tschetschenien mit dem Überfall der Faschisten auf Guernica verglich. Ich halte das für eine Ungeheuerlichkeit!“

Karl-Eduard von Schnitzler: „Ich habe schon 1932 bei Treffen von Großindustriellen mit angehört, daß es bei der Südflanke der damaligen Sowjetunion vor allem um das Öl aus Baku geht - und auf diesem Wege liegen noch heute Jugoslawien und Tschetschenien als Stolpersteine.“

In seinen abschließenden Bemerkungen verwies **Manfred Sohn** zunächst auf Engels, der den bewaffneten Kampf nur für vertretbar hielt, wenn man sich entweder des Sieges einigermaßen sicher sein oder aus einer Niederlage die Saat für einen neuen revolutionären Aufschwung wachsen könne. „Beides war 1989 in der DDR nicht gegeben.“

Vom 15. Parteitag erwarte er keine große Wende. Die Mehrheit der Führung wolle gegenwärtig keine Verstärkung des ideologischen Kampfes und der organisatorischen Straffheit, sondern tendiere zu einer Verabsolutierung des gewerkschaftlichen Kampfes, was die Gefahr heraufbeschwöre, auf die schiefe Ebene des Trade-Unionismus zu geraten. Auf dem Parteitag müßten von uns drei Gesichtspunkte zur Geltung gebracht werden. 1. Die Verbreitung des Stolzes auf die DDR-Traditionen. Immerhin hätten wir in Ostdeutschland 40 Jahre lang das Profitprinzip außer Kraft gesetzt und bewiesen, daß es geht. „Wir sind die legitimen Erben der KPD/DKP und der Kommunisten aus der SED.“ Es sei gut, daß sich der „RotFuchs“ seiner Sache so sicher ist. 2. Das selbstbewußtere Auftreten der DKP. „Der Sozialismus war die prägende Kraft des 20. Jahrhunderts!“ In einer BBC-Umfrage nach dem größten Denker des vergangenen Jahrtausends habe die Mehrheit der Briten (!) Karl Marx genannt. Das Büßerhemd müsse langsam ausgezogen werden. 3. Bei der Wahl sollten die Leninschen Kräfte in der Parteiführung gestärkt werden.

Mit herzlichem Beifall dankten die Anwesenden Manfred Sohn für den bewegenden und aufbauenden Abend.

Frank Mühlefeldt

Gedanken eines Lesers dreier ermutigender Holz-Bücher

Wegweiser und Warntafeln

Da ich Gelegenheit hatte, Genossen Hans-Heinz Holz in der Versammlung der DKP-Gruppe Berlin Nordost am 22. Februar zu erleben (der „RotFuchs“ berichtete in Nr. 26) und von seinen Ausführungen beeindruckt war, habe ich inzwischen seine Schriften „Niederlage und Zukunft des Sozialismus“ (1991), „Kommunisten heute“ (1995) und „Sozialismus statt Barbarei“ (1999) gelesen.

Welch nüchterne Analyse, welch revolutionärer Optimismus!

Angeichts des Vorzugs, daß deutsche Kommunisten heute über Erfahrungen des Kampfes gegen den „modernsten“ Kapitalismus von innen und außen, aus der BRD und der DDR, und über Erfahrungen des großen sozialistischen Versuchs in der DDR und dessen Wirkung „draußen“, in der BRD, verfügen, haben wir - da ist Genossen Holz wohl zuzustimmen - eine besondere Pflicht: diese Kampfergebnisse, ihre positiven und ihre negativen Seiten, für kommende Generationen zu untersuchen und festzuhalten. „Der Weg wird auch ein weiteres Mal, wenn er begangen wird, schwierig und widerspruchsvoll sein; aber er wird deutlicher markiert sein: durch die Fehler, die gemacht wurden, als Warntafeln - durch das, was schon einmal erreicht war, als Wegweiser.“ (Sozialismus statt Barbarei, S. 116) Worin bestehen diese Hinweisschilder und Warntafeln?

Die DDR, ein Kind der Befreiung unseres Volkes vom Hitlerfaschismus durch die Sowjetunion und des Kampfes deutscher Antifaschisten, hat immerhin vier Jahrzehnte dem enormen Druck des imperialistischen Feindes standgehalten. Sie war erfolgreich, solange und insofern sie von der Zustimmung und vom selbstlosen Einsatz ihrer Bürger getragen war. Solange sich diese an der Gestaltung ihrer Gesellschaft, ihrer Lebensweise aktiv beteiligten, da sie ihre Interessen an einem Leben in Frieden, der Überwindung der Kriegsfolgen, einem menschenwürdigen Lebensstandard mit gesicherter Arbeit, Wohnung, Gesundheits- und Altersfürsorge, Bildungsmöglichkeiten, geförderter Kultur befriedigen konnten. Gerade das alles, was in den 50er und 60er Jahren als gewaltige Errungenschaft auch anerkannt wurde, war bald - gewolltermaßen - Selbstverständlichkeit. Das entsprach dem sozialistischen Ideal; nur, es zu garantieren, reichte dann schon nicht mehr. Da spielte auch kaum eine Rolle, welches unerhörte wirtschaftlicher Anstrengungen es bedurfte, alles zu erhalten, weitere soziale Verbesserungen bei gleichzeitigen - vernachlässigten - wissenschaftlich-technischen Investitionen in die Zukunft zu

erreichen. Und das in einer Welt, die den sozialistischen Staaten höchste Anstrengungen für das unsozialistische Ziel Wett-rüsten abverlangte.

Hinzu kamen die nicht hausgemachten Bedürfnisse, Lebenserwartungen, die die kapitalistische Gesellschaft der BRD via Fernsehen, Verwandtenberichte und Reiseerlebnisse stimulierte. Sie beförderten keineswegs sozialistische Ideale, zumal die Bürger der BRD über einen relativ hohen, zum großen Teil aus der Ausbeutung der Völker der „Dritten Welt“ gespeisten Lebensstandard verfügten. Selbst die Zielstellung, den Westen im Produktionswachstum zu überholen, barg - unter Beachtung dieser Tatsache sowie der beispiellosen Ausbeutung der Arbeitenden, der Ressourcenvergeudung und Umweltvernichtung, mit der das verbunden war - nichts ursprünglich Sozialistisches in sich. Eine Umstrukturierung der Lebenserwartungen fand nicht statt bzw. war angesichts des realen Kapitalismus der BRD in greifbarer Nähe illusorisch.

Das alles zu überdenken, ist von besonderer Wichtigkeit, da ja - wie Genosse Holz betont - auch künftig sicher nicht mit einem gleichzeitigen revolutionären Übergang zum Sozialismus in den kapitalistischen Metropolen zu rechnen ist. Vielmehr ist doch zu vermuten, daß die Kette wiederum an ihrem schwächsten Glied reißen wird. Daraus folgt, daß es auch dann keinen „glatten Weg“ zur Entfaltung sozialistischer Verhältnisse geben dürfte, und daß sich kommende sozialistische Gesellschaften unter den Bedingungen der Verteidigung gegen innere und äußere Feinde entwickeln müssen. Darum wäre es fatal, solche Erfahrungen zu mißachten oder gar die Wegweiser und Warntafeln in die falsche Richtung zu verkehren, wie das gegenwärtig sogenannte Reformen aus der PDS-Führung versuchen.

Hat unser Sozialismus wegen seiner Orientierung auf ein internationales Zentrum, auf Moskau, eine Niederlage erlitten? Sein Untergang erklärt sich aus der - vorsichtig formuliert - nicht mehr sozialistischen Weiterentwicklung in diesem Zentrum. Auch aus mangelndem Internationalismus, beispielsweise der Überbetonung partikularer Interessen gegenüber dem Gesamtinteresse im RGW.

Ist unser Sozialismus zugrundegegangen, weil er als eine Form der Diktatur des Proletariats „nicht demokratisch genug“ war? Er konnte sich nicht behaupten, weil wir es nicht verstanden hatten, die gesamte Arbeiterklasse, alle Werktätigen praktisch in die Ausübung dieser Diktatur einzubezie-

hen, denn Diktatur des Proletariats und sozialistische Demokratie sind Synonyme. Ist unser Sozialismus wegen der Unfruchtbarkeit sozialistischer Eigentumsverhältnisse auf der Strecke geblieben? Es mangelte ihm daran, daß wir das sozialistische Eigentümerbewußtsein der Werktätigen unzureichend ökonomisch stimuliert und das Leistungsprinzip verletzt haben, daß die Ansätze, die die Versuche mit dem Neuen Ökonomischen System boten, nicht weiterentwickelt, sondern abgewürgt wurden. Nur der Sozialismus wird dazu fähig sein, Menge und Güte der zu produzierenden Erzeugnisse mit dem gesellschaftlichen Bedarf nicht erst im Nachhinein, nach ihrer Produktion, auf dem Markt und damit unter Hinnahme ungeheurer Vergeudung, sondern vor ihrer Bereitstellung, durch einen Gesamtplan in Übereinstimmung zu bringen. Allerdings nicht durch den Versuch, diese Übereinstimmung im Wege bürokratischer Regulierung zu erreichen. Gerade die neueste wissenschaftlich-technische Entwicklung im Zeitalter der Informatik wird das, was bislang bereits innerhalb der großen Konzerne geschieht, gesamtgesellschaftlich ermöglichen. Schiffbruch erlitten hat unser sozialistischer Versuch jedenfalls nicht wegen des Prinzips der Planwirtschaft, sondern wegen ihrer Unzulänglichkeit - bis zu Subjektivis-

mus und Voluntarismus in der Bestimmung von Zielen und Mitteln. In einem künftigen Sozialismus wird die gesellschaftliche Entwicklung nicht die Resultante divergierender Teilinteressen sein. Sie wird aus dem gesellschaftlichen Gesamtinteresse erwachsen. So wird auch Ressourcenverschwendung ökonomisch verhindert und bleibt nicht Angelegenheit von moralischen Appellen. Nur privatkapitalistisches Eigentum hat ein Interesse, Waren auf den Markt zu werfen, für die erst künstlich Bedarf erzeugt werden muß, sei es durch Werbung oder durch Wetttrüsten. Die kleinen Bücher von Hans Heinz Holz sind zu gedankenreich, als daß sie sich in diesem Beitrag ausreichend würdigen ließen. Seine Überlegungen zum Charakter unserer Epoche, zur Länge einer künftigen Übergangsperiode, zur Partei, die als führende Kraft nicht in der Staatsmacht aufgehen, sondern revolutionär-kritische Instanz bleiben muß (bis zur personellen Trennung der leitenden Funktionen) u. v. m., sollten wir als Anstöße für unser Nachdenken über kommende Gesellschaftsentwicklungen nehmen. Denn: Aktueller als je zuvor ist die von Rosa Luxemburg formulierte Alternative - Sozialismus oder Barbarei. Sozialismus ist notwendig für das Überleben der Menschheit! Und genau in diesem Sinne bleibt die

Oktoberrevolution die Morgenröte (nicht etwa die Mittagsstunde!) des neuen Zeitalters! (Kommunisten heute, S. 99)

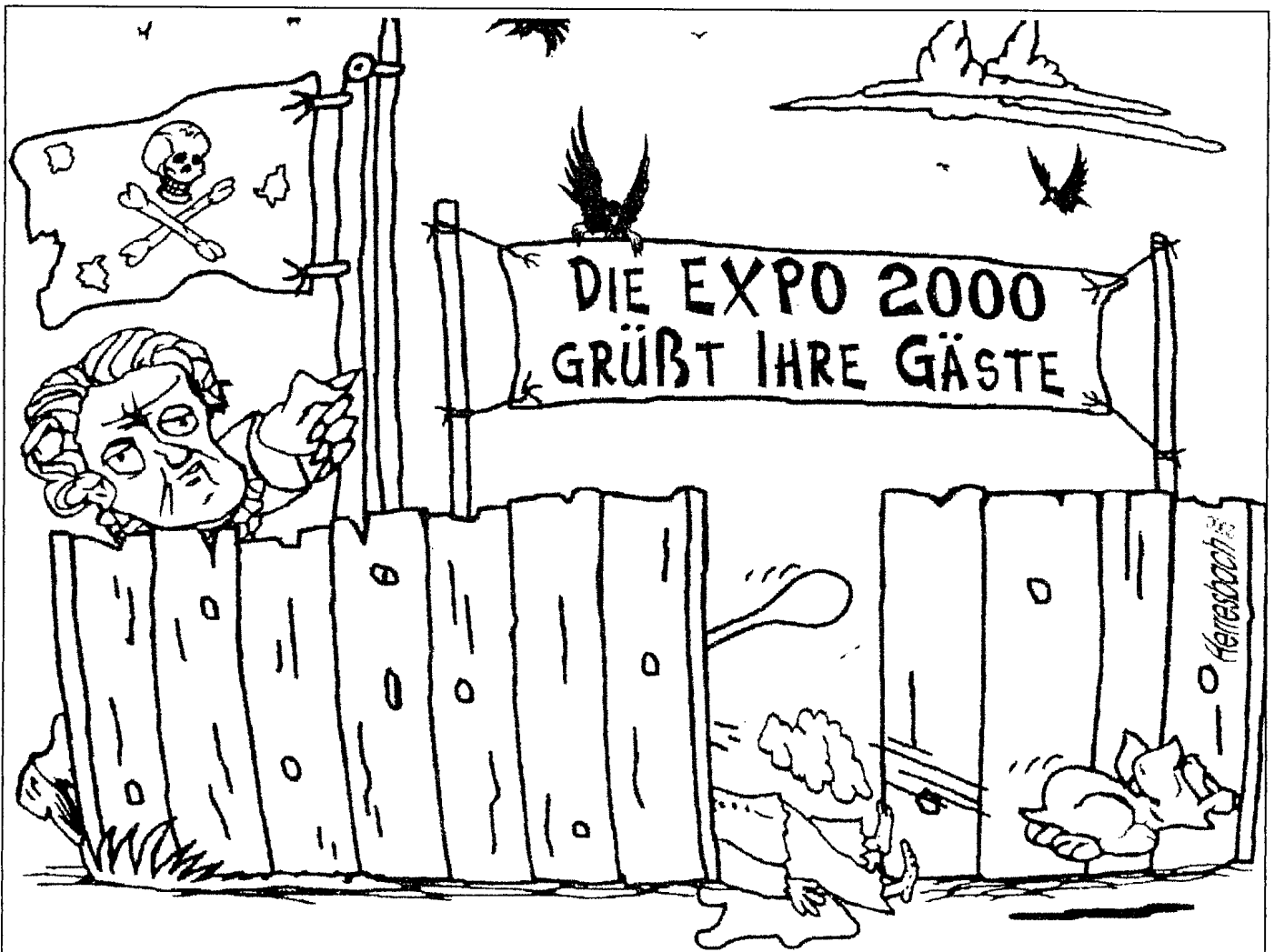
Was heißt es, in unseren Tagen Kommunist zu sein? Bereiten wir uns nur auf eine ferne Zukunft vor und gehen an den Tagesereignissen vorüber? Natürlich nicht. Aber da, wo sich Konflikte der Gesellschaft abzeichnen, die größeren Zusammenhänge sichtbar zu machen, bleibt unsere Pflicht. Gerade dazu bedarf es der Kommunistischen Partei.

„Nach der verlorenen Schlacht“, schreibt Genosse Holz, „muß die politische Arbeit wieder klein und bescheiden beginnen. Die Arbeit am Bewußtsein gehört von Anfang an dazu: Ausbildung und Stärkung von Klassenbewußtsein, begriffliche Strenge bei der Analyse der Tendenzen des Zeitalters, selbstkritische Schonungslosigkeit in der Diskussion einstiger und jetziger Fehler, Disziplin im Denken und, als Konsequenz, im organisatorischen Zusammenhalt.“ (Niederlage und Zukunft des Sozialismus, S. 114)

Und: „Als Avantgarde kompromißlos zu bleiben, auch um den Preis zeitweiliger zahlenmäßiger Bedeutungslosigkeit, ist die historische Aufgabe der Kommunistischen Partei.“ (Kommunisten heute, S. 153)

Mögen viele Genossen die drei Büchlein von Hans Heinz Holz lesen!

Ernst Heinz



Als Parteisekretär im Steinkohlenwerk „Karl Liebknecht“

Wie war das mit dem Eigentümerbewußtsein?

Während des ersten Jahres des 1. Fünfjahresplanes, 1951, sollte im Steinkohlenwerk „Karl Liebknecht“, Oelsnitz/Erzgebirge, der erste Betriebskollektivvertrag abgeschlossen werden. Im Juni 1946 hatten sich rund 70 % der Stimmberechtigten des Landes Sachsen dafür entschieden, daß die Betriebe von Kriegs- und Naziverbrechern Volkseigentum werden sollten. So wurden die Schächte der Gesellschaft „Gottes Segen“ - der „Kaiserin-Augusta-Schacht“, der „Gottes-Hilfe-Schacht“ und andere - das volkseigene Steinkohlenwerk „Karl Liebknecht“.

Wohl gemerkt, es wurde ein **volkseigener**, nicht belegschaftseigener Betrieb. Seine Eigentümer waren nicht allein die Bergleute, sondern die gesamte Arbeiterklasse der 1949 gegründeten DDR, so, wie die Bergleute auch Eigentümer aller anderen volkseigenen Betriebe wurden. Damit entstanden ganz neue Rechte und vor allem auch Pflichten, deren Wahrnehmung nicht mehr allein Sache einer nur betrieblichen Arbeitervertretung, eines Betriebsrates, sein konnte. Anstelle der Betriebsräte übernahmen nun die Leitungen der Betriebsgewerkschaftsorganisationen, Gliederungen von Industriegewerkschaften, die wiederum dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund angehörten, die Wahrnehmung der Rechte und Pflichten der Belegschaft als eines Teils der gesamten Arbeiterklasse.

Worum ging es damals in erster Linie? Der II. Kongreß des FDGB hatte 1947 an alle Arbeiter appelliert, zu lernen, die Produktion zu organisieren, die Arbeitsproduktivität zu steigern. „Man muß seine Arbeitskraft so teuer wie möglich verkaufen!“ - diese Maxime aus der Zeit des Kapitalismus war nicht geeignet, den „Weg aus der Not“, wie der Aufruf des FDGB lautete, erfolgreich zu beschreiten. „Aus unserer eigenen Hände Arbeit wird ein neues demokratisches Deutschland entstehen, das eine Heimat des werktätigen Volkes sein wird“, hieß es darin. Das Beispiel für alle Arbeiter der sowjetischen Besatzungszone gab am 13. Oktober 1948 Adolf Hennecke. Er gehörte zu den besten Bergarbeitern, überbot seine Norm ständig um 50 bis 60 %. Wegen seiner Fähigkeit, eigene Kenntnisse anderen zu vermitteln, wurde er am 1. September 1948 Arbeitsinstrukteur. Um die Förderung zu steigern, war die Belegschaft 1946/47 um ein Drittel erhöht worden, und fast die Hälfte der Neuen kamen aus bergbaufremden Berufen, mußten erst lernen. Aber es war noch mehr erforderlich, um den unerträglichen Mangel an Steinkohle zu mindern, denn beim Übergang zum Kalten Krieg hatten die westlichen Besatzungsmächte entgegen dem Potsdamer Abkommen, das eine „gleichmäßige Verteilung der wesentlichen Waren unter den verschiedenen Zonen“ vorsah, auch die Lieferung von Ruhr-Kohle in den Osten eingestellt.

Adolf Hennecke wurde aufgefordert, zu beweisen, daß es möglich sei, bei guter Arbeitsorganisation die Arbeitsproduktivität wesentlich zu steigern. Er tat es. Am 13. Oktober 1948 brach er statt der üblichen 6,3

Kubikmeter nicht weniger als 24,4 m³ Kohle. Normerfüllung: 380 %! Als Prämie erhielt er vom Werk 1 Anzugstoff, 1,5 kg Fett, 3 Schachteln Zigaretten, eine Flasche Schnaps und 50 Mark.

Zunächst erntete Hennecke bei seinen Genossen keinen Beifall, im Gegenteil. Aber das änderte sich schnell. Nicht wegen der Prämie, sondern weil die Einsicht wuchs, daß die Not eben nur mit höherer Leistung überwunden werden konnte. Schon am 16. und 17. Oktober fuhren 134 Bergleute eine sogenannte Stoßschicht. Sieben von ihnen erfüllten die Norm mit über 200 %. Am 18. Oktober schafften Josef Nusbaumer und Herbert Landmann zwischen 200 und 300 %. Und bald folgten dem Arbeiter in vielen Betrieben, so Luise Ermisch, Frieda Hockauf, Lotte Steinführer, Franz Franik, Rudi Rubbel, Gerhard Kast, Karl Heinz Hübner und in Berlin der Maurer Hans Garbe - Namen, die heute bei der „Aufarbeitung“ der DDR-Geschichte keine Rolle mehr spielen. Eduard Claudius schrieb 1950 über Garbes Tat den Roman „Menschen an unserer Seite“.

Es setzte von Westberliner Medien eine unglaubliche Hetzkampagne gegen die Aktivistenbewegung ein. Dazu sagte Hennecke auf der 1. Parteikonferenz der SED im Januar 1949: „Man wirft uns vor, daß wir zu viel arbeiten und sagt, wir lassen uns ausbeuten. Ich entsinne mich nicht, daß jemals ein Kapitalist etwas gegen die Steigerung der Arbeitsleistung gehabt hätte, wenn sie ihm nur seinen Profit sichert ... Unsere Arbeit gehört unserer Klasse, und dieses Bewußtsein erfüllt uns mit Klassenstolz ...“

Als nun 1951 der erste BKV beschlossen werden sollte, stand der BGL-Vorsitzende Paul Voitel vor einem Problem. Wie sollte man das so organisieren, daß alle Bergleute trotz rollender Arbeitswoche bei Dreischicht-Arbeit ihr Recht auf „bewußte Ausübung der Mitbestimmung und Organisation einer wirklichen Massenbewegung für die Hebung der Arbeitsproduktivität“ (FDGB-Vorsitzender Hans Jendretzky) realisieren konnten? Paul Voitel war ein alter Kommunist, hatte in den 30iger Jahren im Zucht haus Zwickau gesessen. Die Bergleute nannten ihn den „Schachtvater“, was wohl zur Genüge das Ansehen belegt, welches er besaß. Er fand einen Weg. Er mietete für drei aufeinanderfolgende Sonntage in drei Orten, wo die meisten Bergleute zu Hause waren - Oelsnitz, Lugau und Niederwürschnitz - Säle. Er lud auch die Veteranen und die Frauen der Bergleute ein. Die besaßen natürlich kein Stimmrecht, konnten aber mitreden, und das war gut. Familien der Bergleute haben ein anderes Verhältnis zu ihrem (jetzt wirklich ihrem!) Betrieb als beispielsweise Maurer. In der Diskussion ging es um alles: um die Preise im staatlichen Einzelhandel für nicht-rationierte Waren, warum denn der Plan nicht erfüllt wird, was man gegen das Bummelantentum machen sollte. Zu letzterem hatte ich ein Flugblatt geschrieben mit dem Titel „Bummelanten sind Handlanger der

Kriegstreiber“. Es fand große Zustimmung bei den meisten Bergleuten, auch bei Paul Voitel. Aber wir - der Werkdirektor, der Parteiorganisator des ZK, ich als Parteisekretär und der BGL-Vorsitzende - wurden ins ZK bestellt. Ob wir verrückt geworden seien? Arbeiter, die mal bummeln, als Handlanger der Kriegstreiber zu beschimpfen!

Unterstützt wurde von den Bergleuten die Regelung, daß die Zahlung eines 13. monatlichen Durchschnittsverdienstes gestrichen wurde, wenn einer auch nur eine einzige unentschuldigte Fehlschicht aufwies. Nicht anders verhielt es sich mit der Abschaffung einer Geldprämie für die drei besten Häuer des Quartals. Die Brigademitglieder setzten diese nämlich unter Druck, das Geld wurde gleichmäßig aufgeteilt. Darum gab es nun stattdessen Sachprämien. Der Beste bekam ein Motorrad, eine tschechische Java. Der Zweite ein großes Radiogerät ... Das konnte man nicht unter den Kollegen verteilen. Gestritten wurde mit einem Mann vom Ministerium. Er verlangte, daß nicht so viele Leute mit Instandhaltungsarbeiten beschäftigt würden; sie sollten lieber Kohle fördern. Aber das ging nicht. Während des Krieges waren die Gruben auf Verschleiß gefahren worden, und ohne die verfallenden Strecken zu den Abbaustreben endlich instandzusetzen, hätte es zu Unglücksfällen, Einbrüchen, kommen können. Es gab auch Diskussionsredner, die Unsinn schwätzten, oder welche, deren Feindlichkeit deutlich wurde. Paul Voitel antwortete auf alles ruhig und sachlich, entzog so den Stänkerern den Boden, bewirkte, daß sich die meisten deren Gerede verbat.

Also, es ging vorwärts, nicht nur im Bergbau. Wir wissen das, haben es selbst mitgemacht. Erst Ende der 70er, seit den 80er Jahren, als die Stagnation in der DDR begann, nicht zuletzt wegen der Unfähigkeit der sowjetischen Führungsmacht des RGW, die neuen Probleme zu meistern, wie das in der DDR mittels des Neuen Ökonomischen Systems begonnen wurde, starb auch die Initiative in den Betrieben ab. Das Leistungsprinzip wurde immer mehr beiseite gedrängt. Die Menschen sahen keine Perspektive für die DDR mehr, das Eigentümerbewußtsein, besonders stark in den 60er Jahren, verkümmerte. Diese verschiedenen Phasen der Entwicklung des Bewußtseins und des Handelns der Arbeiterklasse der DDR sind auch klugen Leuten offensichtlich nicht bekannt oder werden, aus welchen Gründen auch immer, von ihnen ignoriert. Wie soll man es verstehen, daß Robert Steigerwald im Februar/März 2000 auf einer Historikertagung erklärte: „Schlechte Politik hat verhindert, daß sich die Werktätigen der DDR als Eigentümer ihrer Betriebe verstanden und fühlten, diese also in Gefahr nicht verteidigten.“ Hätte er dies auf jener Gewerkschaftskonferenz des Karl-Liebknecht-Werkes gesagt, hätte auch Paul Voitel, der Schachtvater, ihn nicht davor schützen können, von den Arbeitern des Saales verwiesen zu werden.

Walter Florath

Zum 125. Jahrestag der deutschen Arbeitereinheit

Revolutionäres Gotha 1875

Vom 22. bis 27. 5. 1875 tagte in Gotha der Vereinigungskongreß, auf dem sich der 1863 von Ferdinand Lassalle gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein (ADAV) und die 1869 in Eisenach von Wilhelm Liebknecht und August Bebel gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) zusammenschlossen. Waren der Bund der Kommunisten und die I. Internationale über die Landesgrenzen hinaus wirkende politische Organisationen der Arbeiterklasse, so stellte diese neue Partei, trotz der von Marx und Engels kritisierten Mängel, das damals international höchste Niveau der Formierung der Arbeiterklasse aus einer Klasse an sich zur Klasse für sich auf dem gesamten Territorium einer bürgerlichen Nation dar. Die wichtigste Programmforderung der SAP lautete: „In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen. Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrags.“ Es handelte sich also, insgesamt gesehen, um eine vereinigte Partei der revolutionären Arbeiterbewegung, um eine revolutionäre Arbeitereinheit.

Diese Hauptposition des Gothaer Programms zeugte davon, daß Erkenntnisse aus dem 1867 erschienenen I. Band des „Kapitals“ von Karl Marx durch Führer der deutschen Arbeiterbewegung erfaßt, übernommen und zu Bestandteilen eigener programmatischer Schlußfolgerungen gemacht wurden.

Ab 1885 gab Hermann Schlüter in Zürich Broschüren heraus, die in der „Sozialdemokratischen Bibliothek“ zusammengefaßt wurden. Im I. Heft „Gesellschaftliches und Privat-Eigenthum. Ein Beitrag zur Erläuterung des sozialistischen Programms“ wurde die oben zitierte Gothaer Forderung angeführt und als eines der Grundprinzipien der Partei dargestellt. In dem Heft heißt es weiter: „Wir werden auf keinen Widerspruch stoßen, wenn wir diesen Satz als den Kernpunkt des sozialistischen Programms hinstellen. Er ist es, der dem Gegensatz der sozialistischen zur bürgerlichen Produktionsweise am schärfsten Ausdruck gibt, und er ist es deshalb, an dem die gegnerische Kritik, soweit sie überhaupt ernsthaft zu nehmen ist, in der Regel einzusetzen pflegt. Es ist daher wohl nicht über-

flüssig, wenn wir in Nachstehendem gerade diesen Punkt unseres Programms in gedrängter, übersichtlicher Darstellung zu erläutern versuchen - sowohl was seine Begründung als auch was seine Tragweite und die Art seiner Verwirklichung anbelangt.

Namentlich in Bezug auf die Letztere hat man ja mit einem gewissen Schein von Berechtigung unserem Programm den Vorwurf der Zweideutigkeit gemacht. Man hat es bemängelt, daß in demselben eine bestimmte Erklärung darüber fehlt, wie wir Sozialisten uns diese Umwandlung der Produktionsmittel in Gemeingut der Gesellschaft vorstellen, und hat das Fehlen dieser Erklärung uns wieder als Feigheit angerechnet oder als ein indirektes Zugeständniß betrachtet, das wir selbst nicht den Weg anzugeben wüßten, wie zu unserem Ziele zu gelangen sei ...

Daß das (die Errichtung sozialistischer Produktivgenossenschaften - E. K.) nicht auf dem Wege bloßer Kreditgewährung geschehen kann, darüber ist heute, in der Ära der beständigen Geschäftskrisen, wohl kein Genosse mehr im Zweifel. Proudhon und die ganze Schule kleinbürgerlicher Sozialisten konnten sich allenfalls einbilden, die soziale Frage durch bloße Kreditoperationen irgend welcher Art lösen zu können, der moderne wissenschaftliche Sozialismus ist über diese Illusion längst hinaus. Bei dem heutigen Stande der Industrie, und namentlich derjenigen Zweige, welche infolge ihrer Entwicklung der Sozialisierung am nächsten gerückt sind, wäre die Einrichtung von Produktivgenossenschaften neben den bestehenden Etablissements die denkbar unzweckmäßigste Maßregel. Nicht die Vermehrung der Konkurrenz, (sondern) die Regelung oder, besser ausgedrückt, die Aufhebung derselben ist nothwendig, um die Uebel des heutigen Zustandes der Dinge zu beseitigen. Und wenn die organisierte Gesellschaft sich entschließt, selbst einzugreifen, um die heutige mörderische Konkurrenz aufzuheben, so wird sie ... sich, will sie zweckmäßig vorgehen, zu dem Mittel entschließen müssen, welches direkt bewirkt, was die künstliche Steigerung der Konkurrenz, selbst im günstigsten Falle, nur durch ungeheure Vergeudung von Produktivkräften indirekt erreicht: zur Expropriation (Enteignung - E. K.) ...“

Das war eine Bezugnahme auf den Schluß des 7. Unterabschnitts „Geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation“ aus dem 24. Kapitel des Marx'schen Kapitals. (MEW 23, S. 791) Dort heißt es: „Die Zentralisation der Produktionsmittel

und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriert.“

Die vorher zitierten Ausführungen von 1885 stammen übrigens von Eduard Bernstein, der vor 150 Jahren geboren wurde, bis zum Erlaß des „Sozialistengesetzes“ einer der führenden Sozialdemokraten Berlins war, von 1880 bis 1888 in Zürich und nach erzwungener Übersiedlung von London aus bis 1890 das zentrale Organ der illegal wirkenden deutschen Arbeiterbewegung „Der Sozialdemokrat“ vorbildlich redigierte. Bis zum Tode von Friedrich Engels war er zweifellos einer der führenden Theoretiker der revolutionären Arbeiterbewegung. Bevor Bernstein - wahrscheinlich unter korumpierenden Einflüssen im Zentrum des britischen Weltreichs - seine bekannte revisionistische Position veröffentlichte, hatte er ein Vierteljahrhundert lang als Marxist zur Entwicklung von Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung beigetragen. Eine ähnliche Entwicklung wie die Plechanows und anderer. Ich erwähne das hier, weil es zu den Lehren unserer Geschichte gehört, das Wirken von Personen, die ein Stück des Weges mit uns gemeinsam gingen, ganzheitlich und angemessener als es bisher oft geschah, zu beurteilen. Im Zusammenhang mit der Kritik von Marx und Engels am Entwurf des Gothaer Programms zeigt sich ein nach wie vor aktuelles Problem, dessen Lösung die Voraussetzung dafür ist, ob eine Arbeiterbewegung revolutionär ist und bleibt. Ich meine die fruchtbare Wechselwirkung von ständiger wissenschaftlicher Analyse und dem Erarbeiten praktischer Schlußfolgerungen für die politische Tätigkeit durch die jeweiligen Führungen von Arbeiterparteien.

Übrigens: Welch eine Demagogie ist es und für wie historisch ungebildet hält man die Bürger, wenn sich heutige „Sozialdemokraten“ vom Schläge der Schröder und Scharping, die die Geschäfte der Ausbeuterklassen - nach innen und nach außen - besorgen, ausgerechnet in Gotha auf die revolutionäre Arbeitereinheit von 1875 berufen.

Eike Kopf

CD-ROM abzugeben!

Die „RotFüchse“ (Januar-Juni 2000) sind wieder gegen eine Spende auf einer CD-ROM (Word for Windows) nachzulesen und können bei der bekannten Redaktionsadresse bestellt werden.

Über große Worte und große Lücken

Sandburgen und Luftschlösser

Ein großes Wort sprach Dieter Klein, einst Prorektor für Gesellschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität und nun im PDS-Parteivorstand maßgeblicher Architekt des „Reformkurses“, auf dem Münsteraner Parteitag gelassen aus: „Die PDS steht für soziale Gerechtigkeit und sie weiß sogar, wie sie es machen will!“ Das jedenfalls müsse ihre Botschaft sein und ihr „von den Leuten“ nachgesagt werden.

Da dies in der Generaldebatte zu den von der PDS-Programmkommission vorgelegten Thesen geäußert wurde, zog ich die zu Rate, um Näheres über jenes „wie sie es machen will“ zu erfahren. Da findet sich in dem von der Kommissionsmehrheit angenommenen Text - dem sogenannten Mehrheitsvotum - eine Aussage, die nicht allein wegen ihrer häufigen Wiederholung, sondern mehr noch wegen ihres inhaltlichen Gewichts offenkundig den Dreh- und Angelpunkt für die Absicht darstellt, „soziale Gerechtigkeit“ zu erreichen. Als programmatische Kernforderung wird mehrfach das Verlangen artikuliert, die Dominanz des Profitprinzips zu brechen oder zumindest zurückzudrängen. Geschlußfolgert wird daraus, daß Sozialisten „im Unterschied zu anderen“ deshalb darauf abzielen müßten, „die in den Eigentumsverhältnissen wurzelnden kapitalistisch geprägten Machtstrukturen zurückzudrängen und letztlich zu überwinden.“ Daß es dabei nicht um eine auf den Sankt-Nimmerleins-Tag datierte Aufgabe gehen soll, besagen die Thesen durch die Feststellung, hier handle es sich um „das für den programmatisch absehbaren Zeitraum relevante Ziel der PDS“. Geht man von den gesellschaftlichen Gegebenheiten aus, wie sie derzeit nun einmal sind, liest sich das durchaus plausibel. Es könnte m. E. eine Basis sein, auf der Linke auch über den Rahmen der PDS hinaus zu gemeinsamer Aktion finden.

Zur Gretchenfrage dafür aber wird, was Dieter Klein schon als fertige Antwort zu haben vorgibt: Wie und mit wem macht man das - Profitdominanz zurückdrängen oder gar brechen?

Da folgt dem großen Wort die große Lücke. Denn darauf geben weder die programmatischen Thesen noch andere Dokumente der PDS auch nur einigermaßen konkrete Auskunft. Selbst wenn man sich, wie von den „Pragmatikern“ (oder „Realos“) in der PDS favorisiert, auf Reformen als Wundermedizin gegen die gesellschaftlichen Gebrechen des Kapitalismus beruft: Was mit ihnen tatsächlich erreichbar ist (teilweise sogar erreicht wird und keineswegs geringgeschätzt abgetan werden sollte!), ähnelt eher einem Lindernungsmittel. Es macht dieses System erträglicher - oder, um ein Modewort zu benutzen: „sozialverträglich“. Soziale Gerechtigkeit durch „Zurückdrängen deformierender Profitdominanz“, also Einstieg in grundlegenden gesellschaftlichen Wandel, läßt sich so jedoch nicht bewirken.

Da kommt man ins Grübeln, ob der von manchen der wortgewaltigen Reformverfechter überhaupt ernstlich gewollt ist. Ich werde, wenn ich mir einige ihrer politischen Aktivitäten beschau, eher zum ungläubigen Thomas. Besonders dann, wenn es sich um solche handelt, die ihrer Etikettierung nach „Zukunftsperspektiven“ heißen.

Die „Denkwerkstatt 2020“ stellt ein solches Projekt dar. Erfinder und Gründer ist der PDS-Landesvorsitzende und stellvertretende Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Helmut Holter, der sich als „Pionier an der Küste“ versteht und als solcher „Regierungserfahrungen für die gesamte Partei sammelt“. Getreu seinem Credo „Praktische Veränderungen sind wichtiger als die reine Lehre!“, berief er in seine „Denkwerkstatt“ Experten, die absolut frei sind von „reiner Lehre“ a la Marx, Engels oder Lenin. Dafür verfügen sie über reiche praktische Erfahrungen jener Art, die Gewähr bietet, daß von ihnen angeregte „Veränderungen“ nie und nimmer in Richtung „soziale Gerechtigkeit“ durch „Zurückdrängen der Profitdominanz“ laufen. Daß sich die von ihm zusammengebrachte illustre Runde solchem Begehren heftig versagen würde, dürfte selbst Holter, dem die „Emotionalität eines Aktenkoffers“ (taz, 12. 4. 2000) nachgesagt wird, kaum verborgen geblieben sein. Denn zu denen, die sich halbjährlich „fernab der Tagespolitik“ mit ihm einen Kopf über „die Zukunft der Arbeit, der Jugend und der Gesellschaft“ machen wollen, gehören solche ausgewiesenen „Förderer sozialer Gerechtigkeit“ wie der einstige CDU-Bundesarbeitsminister und Kohl-Intimus Norbert Blüm („Marx ist tot, doch Jesus lebt!“) und der als Renegat zu einer Symbolfigur des Antikommunismus aufgestiegene „Kreml-Astrologe“ Wolfgang Leonhardt, dessen jeweils wechselnde politische Weissagungen stets ein gemeinsames Merkmal besaßen: Sie waren falsch. Schwer vorstellbar auch, daß ein Bremer Unternehmer wie Herr Hegemann, nun „größter Arbeitgeber“ im entindustrialisierten Bundesland, seine Baubetriebe und Werften als Experimentierlabors für das Zurückdrängen von Profitdominanz nutzt. Ähnlich Unmögliches müßte zu solchem Zwecke auch dem Vorstandsvorsitzenden des ostdeutschen Bankenverbandes, Herrn Most, zugemutet werden. Was Holters Denkwerkstattler an wenig verlockenden Zukunftsperspektiven allenfalls auszutüfteln in der Lage sein werden, hat als einer von ihnen der SPD-„Vordenker“, Publizist und PEN-Generalsekretär Johano Strasser schon mal vorlaut ausgeplaudert. Der plädierte für eine „Umverteilung“ des „schrumpfenden Angebots von Erwerbsarbeit“, so durch „Mischexistenzen, in denen Menschen aus verschiedenen Erwerbstätigkeiten ein ausreichendes Familienein-

kommen zusammenstoppeln (!) können“. Prächtige Aussichten also für junge Leute: Früh Kühefüttern und Melken in der Nebenerwerbslandwirtschaft, danach diverse Verrichtungen im Ferienwohnungstourismus, anschließend als Greenkeeper Golfplatzpflege und abends dann Online-Arbeit am Computer. Ein Mensch - vier Jobs - ein Familieneinkommen.

Auch wenn es auf den ersten Blick so scheinen könnte: Holters skurriler Gehirntrust ist eben keine mecklenburg-vorpommersche Provinzposse, die man belächeln kann. Sie hat ihre bundesweite Entsprechung im „Forum 2000 plus“, das von PDS-Vorstand und Bundestagsfraktion ins Leben gerufen wurde: Als Schule, in der die PDS - so die Intentionen von Gregor Gysi und Christa Luft - bei „Wirtschaftskapitänen ihren Nachholebedarf in Sachen Marktwirtschaft“ befriedigen könne (s. auch RF 27, S. 7). Vorlesungen zu Themen der sozialen Gerechtigkeit dürften da wohl kaum auf dem Lehrplan stehen.

Bei alledem stößt es gallebitter auf, wenn sich PDS-Politiker über solche Genossen ihrer Partei mokieren, denen - wie unlängst durch Petra Pau - unterstellt wird, sie betrieben lediglich „Weltrevolution am Küchentisch“, während die „Erneuerer“ unablässig im Interesse der „einfachen Menschen“ konkrete Politik gestalteten. Die hinter solchen Auslassungen verborgene Absage an grundsätzliche, also im besten Sinne revolutionäre Veränderungen der Gesellschaft und deren Ersatz durch begrenzte, oft nur zeitweilig durchsetzbare Reformergebnisse, ist, genau gesehen, eben nicht Ausdruck politischen Realitätssinns. Solche Geisteshaltung muß vielmehr Realitäten ausblenden. Denn wenn es (wie im ND vom 22./23. 4. 2000 auf S. 1 nachzulesen) für Jugendliche in diesem Lande „heutzutage .. einem Abenteuer gleichkommt“, ihre zwei wichtigsten Lebensprojekte zu verwirklichen - „einen Beruf und eine eigene Familie zu haben“, dann bedarf es präziser Antworten auf das „wie soziale Gerechtigkeit machen?“

Daß diese bislang ausstehen, hat mit dem Umstand zu tun, den die FAZ als Leitblatt des deutschen Großkapitals in ihrer Ausgabe vom 10. 4. 2000 deutlich formulierte: „Die Kardinalfragen der PDS bleiben offen: Wer soll in der von der PDS erstrebten Welt sozialer Gerechtigkeit über das Eigentum (gemeint: an Produktionsmitteln - W. C.) verfügen? Kann die sozialistische Welt aus einer mehrheitsbestimmten evolutionären Reform des herrschenden Kapitalismus hervorgehen, also im Frieden mit den herrschenden Verhältnissen erreichbar sein?“

Die Programmdebatte in der PDS dürfte von der Suche nach tragfähiger Antwort geprägt sein, die Zukunft der Partei sogar davon abhängen, wie diese ausfällt.

Wolfgang Clausner

Stromlinienförmigkeit oder Zivilcourage?

Über Anpasser und Steher

Der „RotFuchs“ rege zum Nachdenken an, sagte mir kürzlich ein Leser in Heidelberg, wo ich einen gutbesuchten Vortrag über den „Platz der DDR in der Geschichte“ hielt. Da erinnerte ich mich an den Beitrag Klaus Steinigers „Das spanische Rätsel“ in der Februarausgabe unserer Zeitung. Dort ging es am Beispiel von Veröffentlichungen zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Spanien um den Konflikt zwischen Stromlinienförmigkeit und Zivilcourage. Das brisante Thema berührte unmittelbar den Komplex der Ursachen unserer Niederlage, aber auch die Lehren, die aus eigenen Schwächen zu ziehen sind. Wie stand es - besonders in den letzten Jahren der DDR - bei uns mit Kritik und Selbstkritik, welche Möglichkeiten gab es und wie wurden sie genutzt? Um die Erkenntnis, daß die Arbeit der Journalisten mancher Bevormundung unterlag, führt kein Weg herum. Daß diese funktionierte aber hatte vor allem auch damit zu tun, daß Kritik Verantwortlicher kaum laut wurde. Zivilcourage, wie sie im „Spanischen Rätsel“ geschildert wird, erlebte man selten. Und dabei war sie doch die wichtigste, am meisten benötigte Form des Mutes im Sozialismus - das Gegenteil botmäßiger Schleppenträgerei.

Die Ursachen mangelnder Zivilcourage in der DDR waren vielfältig. Wenn man aber dieses Defizit bei leitenden Funktionären untersucht, wird man feststellen, daß nicht wenige von ihnen sich duckmäuserisch unterordneten und anpaßten, weil sie vor allem ihren eigenen Aufstieg im Auge hatten. Manche der Schweiger und Wegseher waren sogar überzeugte Leute - gewissermaßen „Karrieristen mit Bewußtsein“. Es gibt sie übrigens auch heute. Wer damals echte Kritik übte, mußte nicht selten damit rechnen, daß er bei der nächsten Beförderung oder Prämie, einer Auszeichnung oder gar einem Orden schlicht übergangen wurde. Solche Denkweisen gediehen im Klima einer bestimmten Verbürgerlichung unserer Partei, der SED, waren Bestandteil eines jahrelangen Prozesses. Als ich „Das spanische Rätsel“ las, fielen mir ad hoc nicht wenige Namen früherer Kollegen ein. Zwei möchte ich hier anführen und zu ihnen einige Gedanken skizzieren, die keine vollständige Analyse darstellen können. Dazu müßte tiefer gegraben werden. Die Rede ist von Ralf Bachmann und Wolfgang Meyer, zwei hochrangigen Leitungsjournalisten, die ich während meiner Arbeit im Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst bzw. im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) kennenlernte. Ralf Bachmann, der sich durch brillanten Journalismus auszeichnete, diente von der Pike auf, war während der militärischen

Operation des Warschauer Vertrages im Sommer 1968 ADN-Korrespondent in Prag und später etliche Jahre in Bonn, erlebte die Höhen und Tiefen eines Reporterlebens und wurde schließlich einer der stellvertretenden Generaldirektoren der staatlichen Nachrichtenagentur der DDR. Sich im internen Kollegenkreis mal kritisch Luft zu machen, war im ADN durchaus üblich; aber eine Äußerung dieser Art habe ich von Bachmann während meiner bis 1980 dauernden Tätigkeit in diesem Haus nie vernommen. Auch von Kollegen ist mir dies bezüglich nichts bekannt geworden. Indem er es vermied, sich so zu „outen“, schaffte Bachmann den Sprung an die Agenturspitze. Die „kritische“ Abrechnung mit der DDR folgte dann allerdings fünf Jahre nach der „Wende“, die für Bachmann kein konterrevolutionärer Umsturz war, in seinem Buch „Ich bin der Herr und wer bist du“ (Dietz Verlag 1995). Zu den Kapitulant und Überläufern, die sich der Konterrevolution sofort bedingungslos in die Arme warfen, gehörte Bachmann nicht. Vielem von dem, was er da schreibt, kann man durchaus zustimmen, und für die Illusionen, mit denen er in der Modrow-Regierung als stellvertretender Informationschef arbeitete, ein gewisses Verständnis aufbringen. Dafür, daß er fünf Jahre später diese Illusionen kaum kritisch reflektierte, weniger. Die Erkenntnis, daß er auch unter Modrow dazu beigetragen hat, der Bevölkerung vieles zu verschweigen und sie über das mit dem Anschluß an die imperialistische BRD verbundene Schicksal der DDR-Bürger im Unklaren zu lassen, ist Bachmann offensichtlich fremd. Oder fehlt es ihm jetzt - aus anderer Perspektive - immer noch an Zivilcourage? Wahrscheinlich hängt es auch damit zusammen, daß er inzwischen sein Herz für die Sozialdemokratie entdeckt hatte und 1994 bei der Bundestagswahl dazu aufrief, ausgerechnet Herrn Thierse zu wählen.

Wolfgang Meyer lernte ich 1965 kennen, als ich vom Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität in Jena zum ADN ging. Nach mehreren Auslandseinsätzen, unter anderem bei der UNO in New York, wurde er 1971 Nachrichtenchef des ADN und wechselte dann zur Agitationskommission des ZK der SED. Von dort avancierte Meyer zum Leiter der Hauptabteilung Presse des MfAA und war in dieser hochrangigen Funktion auch der Medien-Koordinator bei Auslandsreisen Erich Honeckers. Bald galt er als Pressesprecher der Partei- und Staatsführung. Für solche Funktionen mußten Journalisten in der DDR eine hohe fachliche Qualifikation mitbringen. Über sie verfügte Meyer mit seinen Auslandserfahrungen, ausgezeichneten

Sprachkenntnissen, hervorragenden redaktionellen Fähigkeiten und einem ausgesprochenen Organisationstalent ohne jeden Zweifel. Was ihn für diesen Posten aber besonders prädestinierte, war - im Urteil von Mitarbeitern -, daß er ohne jeden Widerspruch und ohne von den sicher begrenzten Möglichkeiten der Kritik Gebrauch zu machen, alle Weisungen bedingungslos ausführte. Drei Vaterländische Verdienstorden und die Ehrensperre dazu waren der Lohn für solche Treue.

Vor Bachmann stieg Meyer in der Modrow-Regierung zum Regierungssprecher im Ministerrang auf. Mehr als nachdenklich stimmen muß dabei vor allem folgendes: Einmal, warum der letzte Ministerpräsident aus der SED (später PDS) auf stromlinienförmige Leute wie Meyer und Bachmann (im Wirtschaftsbereich könnte man unter anderen die heute faktisch zur Sozialdemokratin mutierte Christa Luft nennen) zurückgriff, obwohl durchaus kritische Geister mit Zivilcourage, die schon immer den Mund aufgemacht hatten, zur Verfügung standen? Zum anderen, daß diese früheren Spitzenfunktionäre ihre eingeübte Linie der Anpassung und Unterordnung auch in veränderten Zeiten fortsetzten, dabei viele ihrer bisherigen Überzeugungen bedenkenlos über Bord warfen und sich ohne Zögern der durch einen Parteiputsch an die Spitze der SED gelangten Gysi-Gruppierung anschlossen.

Die DDR-Journalistin Edith Spielhagen hat 1993 unter dem sicher diffamierenden Titel „So durften wir glauben zu kämpfen“ eine Schrift herausgegeben, in der Wolfgang Thierse zur Gründung der DDR bemerkt, sie sei eine „Mischung aus Irrationalität und Brutalität, von Byzantinismus und Banalität“ gewesen. Der heutige Bundestagspräsident stellt dort den sozialistischen deutschen Staat durch die Phrase von „insgesamt 60 Jahren zweier unterschiedlicher autoritärer Regimes“ mit der faschistischen Diktatur de facto auf eine Stufe. Wolfgang Meyer hinderte das nicht, sich an diesem „Werk“ mit einem Beitrag „DDR-Medien im demokratischen Aufbruch“ zu beteiligen und der objektiv die Karte der Konterrevolution spielenden „Bürgerrechtsbewegung“ zu bescheinigen, es sei ihr „um eine bessere, d. h. demokratische DDR“ gegangen. Das ist die herauszuhebende Grundtendenz des Beitrags, von dem, das möchte ich betonen, wie bei Bachmanns Buch nicht alles zu verwerfen ist.

Das Fazit: Opportunistische Stromlinienförmigkeit setzt einen entsprechenden Charakter voraus und ist das Gegenteil von Zivilcourage, mit der ein wetterfester Revolutionär ausgestattet sein muß.

Gerhard Feldbauer

Zur Mär vom raschen Absterben des Staates

In bürgerlichen Pantoffeln zum Sozialismus?

In den Sozialismus-„Vorstellungen“ der DKP geht es unter anderem darum, „schon im Sozialismus damit zu beginnen, den Staat zugunsten von Selbstorganisation und -verwaltung abzubauen.“ Denn - so lautet die Begründung - „der Staat wird im Übergang zum Kommunismus absterben.“ Also: Weil er stirbt, muß er abgebaut werden. Das ist Konfusion. Denn spätestens seit Marx ist bekannt, daß der Staat nicht über den „Abbau“ stirbt, sondern durch seine stete Vervollkommnung. Er bleibt solange eine „besondere Macht“ der Gesellschaft über die Gesellschaft, solange die Produktion den Charakter von Warenproduktion besitzt. Der Staat erledigt sich also erst dann, wenn sich die Produktivkraft der Arbeit weltweit (!) so hoch entwickelt hat, daß sich ihr wertproduzierender Charakter historisch überlebt hat. Und selbst wenn die Machtfunktion in dieser Zeit immer geringer werden sollte, die zentrale ökonomische Funktion wird mit der Entwicklung der Produktivkräfte zunehmen. Der Selbstverwaltung sind in der revolutionären Übergangsgesellschaft insoweit Grenzen gesetzt, als in der Warenproduktion unter zwei Gesichtspunkten „Despotie“ herrschen muß: a) die hochentwickelten Produktivkräfte und die Naturgesetze diktieren einen Zwangsablauf, b) in der revolutionären Übergangsperiode herrscht noch immer das Rentabilitätsprinzip. So ist die Selbstverwaltung in dieser Etappe Bestandteil der staatlichen Macht, weil auch sie nach wie vor gegen die Feinde des Sozialismus gerichtet ist.

Die Verwirrung über den „Abbau“ des Staates (soweit sie nicht dem von Friedrich Engels bekanntgemachten Herrn Eugen Dühring direkt entlehnt ist) entsteht offensichtlich dadurch, daß die Verfasser der „Vorstellungen“ die revolutionäre Übergangsphase nicht als heftigsten Klassenkampf, sondern eher als einen parlamentarischen Mechanismus nach bürgerlichem Muster verstehen. Aus dem gleichen Grunde „tritt die DKP auch für die Rechte einer auf den Boden der sozialistischen Verfassung wirkenden Opposition ein“. Wen soll diese „Opposition“ denn vertreten? Die Reste der Ausbeuterklassen oder deren politische Vasallen? Glauben die Autoren des vom 14. Parteitag beschlossenen „Diskussions- und Arbeitsmaterials“ denn ernsthaft, daß sich eine solche „Opposition“ tatsächlich auf den Boden einer sozialistischen Verfassung stellt?

Natürlich gibt es in der revolutionären Übergangsperiode noch Klassen und Schichten der Bevölkerung. Die Ausrufung einer „sozialistischen Menschengemeinschaft“ in der DDR hat sich bekanntlich als beträchtlicher Irrtum erwiesen. Es gibt mit Sicherheit sehr differenzierte Interessen, also ist in diesem oder jenem Staat auch mit mehreren organisierten Interessenvertretungen und auch mit Parteien zu rechnen. In der einen oder anderen Frage kann es zu organisiertem Widerstand kommen, aber ein programmatisch oder verfassungsmäßig verankertes Recht auf organisierte Opposition gegen den Sozialismus kann und darf es nicht geben. Es würde nichts anderes bedeuten, als die Konterrevolution von Beginn an zu legalisieren. Auch in dieser Frage kann man dem bürgerlichen Parlamentarismus, der so hübsch „Macht“ und „Opposition“ auswechselt und damit „Demokratie“ vorgaukelt, keinen Platz im Sozialismus einräumen.

Richtig stellen die Verfasser der Sozialismus-„Vorstellungen“ fest, daß „selbst die beschränkten Rechte und Freiheiten im Kapitalismus stets bedroht sind“. Und dann kommen sie zu dem Schluß, daß der Sozialismus diesen bürgerlichen „demokratischen Rechten und Freiheiten, die sich die Arbeiterklasse im Kapitalismus erkämpft hat“, eine „gesicherte Grundlage“ gibt. Ist das wirklich so einfach? Die bürgerlichen Freiheiten werden im Kapitalismus erobert und der Sozialismus sichert für sie die Grundlage ... „Zugleich schafft die Arbeiterklasse im Sozialismus qualitativ neue Freiheiten“. Aber es geht doch gar nicht um ein paar „neue Freiheiten“, sondern um die Befreiung von den Ausbeutern, um die Freiheit von Ausbeutung!

Umgekehrt: Man liest im Papier kein Wort zur Beschränkung der Freiheiten der Ausbeuter, der Feinde des Sozialismus. Im Gegenteil - ihnen soll „das Recht auf Opposition“ eingeräumt werden. Sozialistische Demokratie kann sich erst entwickeln, wenn die Macht errungen ist, das läßt sich nicht auf den Kopf stellen. Ursache der herrschenden Konfusion kann nur der Verzicht auf marxistische Positionen sein. Diese begreifen nicht nur die Revolution (im engeren Sinne), sondern auch die revolutionäre Übergangsperiode als heftigsten Klassenkampf und widerspruchsvollen Prozeß im Weltmaßstab.

Die weiteren wissenschaftlichen Untersuchungen über den Weg zum Sozialismus müssen - und gerade das ist eine Lehre aus der Niederlage der bisherigen sozialistischen Revolutionen in Europa - die Widersprüche, Möglichkeiten und Grenzen des Tuns und Lassens der Arbeiterklasse aufdecken. Alles andere ist Schönschreiberei.

Der „demokratische Weg“ zum Sozialismus, d. h. mit Methoden und Mitteln der bürgerlichen Demokratie, wie er in den „Sozialismus-„Vorstellungen“ so betont wird, ist und bleibt Illusion, wie die Periode von 1985 bis 1989/90 bewiesen hat. Noch keine einzige sozialdemokratische oder demokratisch-sozialistische Partei (mit „Sozialismus“ im Programm) hat - obgleich sie in vielen Ländern die parlamentarische Mehrheit besaß - den Sozialismus auch nur um einen Millimeter vorangebracht.

An anderer Stelle sagen die Verfasser der Vorstellungen zurecht, da die sozialistische Revolution nur das Werk der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten sei, verkörpere sie den höchsten Ausdruck der Demokratie. Dabei sollten wir bleiben. Die bürgerliche Demokratie kann nicht der Maßstab für die Rechtmäßigkeit der sozialistischen Revolution sein. Eine sozialistische Demokratie ist ohne staatliche Gewaltanwendung gegen die Feinde des Sozialismus undenkbar.

Norbert Pauligk



„Vor dem Fall der Mauer gab es bei den Tarifgesprächen in der BRD stets einen dritten unsichtbaren Partner am Verhandlungstisch: die DDR. In der DDR hatte man eine Arbeitsgesetzgebung, die sich heute wie ein Märchenbuch für Werktätige liest.“

Nadine Rosa-Rosso, Generalsekretärin der Partei der Arbeit Belgiens, auf der Veranstaltung der PTB am 1. Mai 2000 in Brüssel

Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus (21)

Zu Gramscis Parteitheorie

Der rasche Sieg der Bolschewiki in der Oktoberrevolution, mit der Taktik des Frontalangriffs im „Bewegungskrieg“ errungen, sowie die Niederschlagung revolutionärer Machteroberungsversuche in Mitteleuropa und die Konsolidierung der Herrschaft des Monopolkapitals führten den italienischen Marxisten Antonio Gramsci zu der Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse in den hochentwickelten imperialistischen Staaten nur in einem äußerst langwierigen, opferreichen „Stellungskrieg“ an die proletarische Revolution herankommen kann. Sie müsse zuvor die kulturelle Hegemonie in den wichtigsten Bereichen der Gesellschaft erobern, d. h. den Einfluß bürgerlicher Ideologie und Verhaltensweisen überwinden. Es gelte, eine neue Kultur - die des Proletariats - und vor allem die sozialistische Ideologie im hartnäckigen Kampf gegen die Medien der Bourgeoisie bei den werktätigen Massen durchzusetzen. In diesem „Stellungskrieg“ komme der revolutionären Partei der Arbeiterklasse die führende Rolle zu. Sie ergebe sich nicht von vornherein, sondern müsse ständig erstritten und behauptet werden. Diese Partei nach dem I. Weltkrieg zu schaffen - darin sah Gramsci seine theoretische und praktisch-politische Hauptaufgabe.

Lenins Bolschewiki waren das Vorbild, nach dem die Italienische Kommunistische Partei (PCI) unter den andersgearteten Bedingungen der Apenninen-Halbinsel gegründet und entwickelt wurde. Gramsci wandte sich dabei ausdrücklich gegen eine schablonenhafte, schematische Übernahme der Erfahrungen der russischen Kommunisten. Er verstand es, diese auf die italienischen Verhältnisse anzuwenden.

Gramscis Parteitheorie war keine einfache Adaption des Leninismus, sondern dessen Konkretisierung, Fortsetzung und Bereicherung für revolutionäre Arbeiterparteien in hochentwickelten imperialistischen Staaten. Hans Heinz Holz ist zuzustimmen, wenn er meint, daß Gramsci der Klassiker des italienischen Kommunismus und ein Klassiker der kommunistischen Weltbewegung ist.

In Anlehnung an politische Texte des „Fürsten“ von Machiavelli entwarf Gramsci das Bild der Partei als des „neuen Fürsten“, der zwar nicht mehr in einem Individuum verkörpert wird, sondern als kollektiver Träger der Willensbildung und Aktion der Arbeiterklasse auftritt. Im „modernen Fürsten“ konkretisiert sich ein anerkannter und sich partiell in Aktionen bestätigender kollektiver Wille als gesellschaftlicher Organismus - der politischen Partei. Sie ist nicht nur Entstehungsmedium, Träger und

Organisator des gesellschaftlichen Willens und der Verhaltensweisen ihrer Mitglieder. Aufgrund ihrer führenden Rolle ist sie dies auch der ganzen Nation gegenüber und damit zugleich „Summe und Ort der historischen Wahrheit und ihrer wissenschaftlich korrekten Formulierung“, wie Holz schreibt. Anders ausgedrückt: Die Partei ist die Verbindung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterklasse, mit allen Werktätigen der Nation.

Natürlich kann die Partei auch Irrtümer begehen; doch sind sie selbst Teil des historischen Prozesses. Sie lassen sich nicht einfach auf ideologische Fehlinterpretationen, auf Unverständnis oder Unfähigkeit reduzieren. Sie sind vor allem Ausdruck auftretender, noch nicht oder nur unzureichend erkannter Probleme und Widersprüche, die - da ungelöst - zu fehlerhafter Politik führen können. Der Hegelsche Anspruch auf das „Recht auf Irrtum“ entspricht der geschichtlichen Wirklichkeit. Das Eingeständnis des Irrtums bestätigt den Anspruch der Partei als „Ort der Wahrheit“, nämlich des Suchens und Findens des richtigen Weges aus Widersprüchen und durch Widersprüche. (s. H. H. Holz/Sandkühler: Gramsci, Köln 1980, 294 f.)

Die Partei ist nicht nur „Vorhut“, sondern auch die „organisierte Abteilung“ der Arbeiterklasse, aber nicht deren einzige Organisation. Dazu gehören auch die Gewerkschaften, Frauen- und Jugendverbände, andere Massenorganisationen. Die meisten von ihnen sind nach Gramsci apolitischer Natur und wirken auf speziellen Gebieten. Die Partei müsse in ihnen arbeiten und Verbindungen aufbauen.

Gramsci unterschied bei der Kommunistischen Partei drei Gruppen: 1. ein breites Element, bestehend aus einfachen, durchschnittlichen Menschen, der Partei in Treue ergeben, aber ohne besonderes Schöpfungstum oder organisatorische Fähigkeiten. Ohne sie gäbe es keine Partei, sie seien jedoch nur dann eine Kraft, wenn „jemand“ sie zentralisiert, organisiert und diszipliniert. 2. ein zusammenhaltendes Hauptelement als zentrale disziplinierende Kraft, bestehend aus einer Minderheit von Genossen, den „Heerführern“. Dieses Element allein könne noch keine Partei bilden, aber ohne es gäbe es auch keine Partei. 3. ein „mittleres“ Element, das das erste mit dem zweiten Element verbindet, sie in physische, moralische und intellektuelle Berührung bringt. Solange das 2. Element existiert, kann die Partei mit normalen Mitteln nicht zerstört werden. Wenn es jedoch nicht vorhanden ist, gibt es auch keine Partei. Das 2. Element ist aufgrund

seiner geringen Zahl am leichtesten zu zerschlagen. Auf seine Vernichtung richtet sich daher auch die Aktivität der herrschenden Bourgeoisie. Daher ist es notwendig, daß dieses 2. Element ein „Ferment“ hinterläßt, aus dem es sich neu bildet. Das 2. Element muß daher für den Fall seiner Zerstörung ein solches „Ferment“ vorbereiten.

Gramsci formulierte unter Berufung auf Lenin fünf Grundeigenschaften eines Parteimitgliedes:

1. Jeder Kommunist muß Marxist-Leninist sein, 2. im proletarischen Kampf in der ersten Reihe stehen, 3. „revolutionäre“ Posen und „rote“ Phrasen verabscheuen, nicht nur Revolutionär, sondern auch politischer Realist sein, 4. sich dem Willen der Partei unterordnen, alles vom Parteiaspekt aus beurteilen, 5. Internationalist sein.

Im Kampf gegen rechtsopportunistische und linkssektiererische Strömungen in der jungen PCI betonte Gramsci die Notwendigkeit der Bolschewisierung der Partei, als deren Kernstück er die Verbreitung des Leninismus unter Kommunisten betrachtete. Der Marxismus-Leninismus war für ihn eine unauflösliche Einheit. Er bezeichnete es als „töricht und müßig“, eine Parallele zwischen Marx und Lenin zu ziehen, um zu einer Rangfolge zu gelangen. Es wäre geschichtlich ebenso absurd, eine Parallele zwischen Christus und Paulus zu ziehen: Christus = Weltanschauung, Paulus = Organisation, Aktion, Ausbreitung der Weltanschauung. Beide seien im selben Maße notwendig und deshalb von derselben geschichtlichen Statur. So könnte das Christentum geschichtlich auch „Christentum-Paulinismus“ heißen, das wäre der exakte Begriff, und nur der Glaube an die göttliche Natur habe dies verhindert. (a. a. O., S. 221/222)

Die Partei war für Gramsci „Organ der kommunistischen Erziehung, Herd des Glaubens, der Bewahrer der Theorie, die höchste Macht, die die organisierten und geordneten Kräfte der Arbeiter- und Bauernklasse in Übereinstimmung bringt und zu ihrem Ziel führt.“

Ulrich Huar

Leseempfehlung:

Antonio Gramsci: Zu Politik, Geschichte und Kultur, Reclam, Leipzig 1980, S. 59-67
H. H. Holz/G. Prestipino: Gramsci heute, Pahl-Rugenstein, Bonn o. J., S. 9-28



Frankreich: Leninisten in der FKP sammeln sich

Im Geist von Maurice Thorez

Kein Zweifel: Die derzeitige rechts-opportunistische und liquidatorische Führung der FKP (PCF) hat eine einstmals - in den großen Tagen von Maurice Thorez, Marcel Cachin und Jacques Duclos - ruhmreiche Abteilung der kommunistischen Weltbewegung auf den Hund gebracht. Allein zwischen dem 29. Kongreß vor drei Jahren und dem 30. Parteitag in diesem Frühjahr hat die FKP infolge ihrer durch das Nationalkomitee verschuldeten Zugehörigkeit zur Kriegsregierung Jospin 71 362 Mitglieder (26%) verloren. Sie zählt - nach parteioffiziellen Angaben - heute gerade noch 203 500 Militanten. Das ist ein Drittel der 1984 genannten Zahl. Auf dem 30. Parteitag, der jetzt in Martigues bei Marseille stattfand, unternahm die Spitze um Robert Hue den schmählichen Versuch, auf den Trümmern der FKP eine „mutierte“ (gewendete) FKP zu gründen. Sie hatte sogar schon ein neues „Logo“ ohne Hammer und Sichel für diese andere Partei in der Schublade, wagte aber nicht, es zur Abstimmung zu stellen.

Denn in der FKP regt sich der Widerstand. An seiner Spitze steht die nördliche Regionalorganisation Pas-de-Calais, die von der die Leninisten vereinigenden Coordination des Militants Communistes du P.C.F. als „Rückgrat der innerparteilichen Opposition“ bezeichnet wird. Nach dem Parteitag haben prominente Kommunisten, unter ihnen die legendären Kämpfer gegen Frankreichs Kolonialkriege Henri Alleg und Henri Martin, auf einer Pressekonferenz den Willen bekundet, für die Wiederherstellung des revolutionären Geistes der Partei zu kämpfen. Andere Genossen, angeführt von dem langjährigen Mitglied des Zentral- und des Nationalkomitees Rolande Perlican, haben die FKP inzwischen verlassen und sich für die Gründung einer „neuen Struktur“ entschieden. Die Coordination machte in ihrer Zeitung „Initiative Communiste“ deutlich: „Unser Ziel besteht nicht darin, in einer reformistischen Partei zu vegetieren, sondern solide Bedingungen zu schaffen, die es der Masse der Kommunisten gestatten, mit den liquidatorischen Kräften zu brechen und die FKP mit all jenen fortzusetzen, die Kommunisten bleiben möchten.“ Das Blatt fügte hinzu: „Sicher ist mit dieser 'Beglei-

tung' ein gewisses Risiko verbunden“. Es gehe jetzt um die Schaffung einer breiten Sammlungsbewegung für eine kommunistische Alternative. Alle Strömungen der innerparteilichen Opposition müßten sich auf das Wichtigste einigen: „Die Bewahrung der in Tours gegründeten FKP; den Klassenkampf für den Sozialismus; die



Maurice Thorez, gezeichnet von Picasso

Weigerung, eine Kriminalisierung der Parteigeschichte zuzulassen; die anti-imperialistische Solidarität der Werktätigen; den Kampf gegen Maastricht und für die nationale Souveränität; die Volksopposition gegen Chirac und Jospin; den Rückzug der FKP-Minister aus der Regierung“. Man müsse sich treffen und in jeder Etappe gemeinsam die Formen der kommunistischen Wiedergeburt der FKP auf der Grundlage einer re-

volutionären Strategie entscheiden. Es gehe um die Schaffung eines „kommunistischen Pols“, der den unvermeidlichen Bruch mit der liquidatorischen Strömung vorbereite. Dabei betrachte sich die Coordination des Militants Communistes du P.C.F. als breite und unitäre leninistische Strömung, die für einen „Marxismus-Leninismus unserer Tage“ eintrete.

In der Mai-Ausgabe der „Initiative Communiste“ heißt es: „Wir vereinigen uns zunächst in der Partei, um eine gemeinsame kommunistische Alternative vorzuschlagen.“ Dabei breche man nicht mit Genossen, die - Rolande Perlican folgend -, eine von der FKP getrennte „neue Struktur“ schaffen wollten. Im Gegenteil: Man strecke allen Kommunisten, die die FKP verlassen haben, brüderlich die Hand entgegen und rechne mit ihrer Rückkehr in eine von den Liquidatoren befreite Partei. Der Artikel schließt: „Wenn wir es verstehen, die beiden Hauptkettenglieder - die kommunistische Einheit in der Partei und im Kampf auf der einen Seite, die Verteidigung eines eindeutig marxistischen und revolutionären politischen Inhalts auf der anderen Seite - festzuhalten, dann ist das die Wiedergeburt einer Partei und einer Perspektive, die es uns ermöglicht, den Kampf gegen die unmenschliche kapitalistische Gesellschaft wieder auf die Tagesordnung zu setzen.“

S. R.

Vor 50 Jahren begann die USA-Aggression gegen Nordkorea

Dulles gab das Signal

Am 25. Juni 1950 - vor einem halben Jahrhundert - begann der erste große Aggressionskrieg des Imperialismus seit dem 2. Weltkrieg: die schon bald mit der UNO-Flagge getarnte (in Abwesenheit des sowjetischen Delegierten war im Sicherheitsrat ein entsprechender Beschluß durchgepeitscht worden) Aggression der Vereinigten Staaten gegen den sozialistischen Norden Koreas. Die USA mischten sich brutal und skrupellos in einen inneren Konflikt zwischen verschiedenen Klassenkräften Koreas ein, da sie zu dem Ergebnis gelangt waren, daß das von ihnen gestützte volksfeindliche Marionettenregime im Süden bei dieser Auseinandersetzung unterliegen mußte.

Wenige Tage vor Beginn der Aggression erschien einer der berühmtesten Kriegshetzer, USA-Außenminister John Foster Dulles, am Nord- und Südkorea willkürlich teilenden 38. Breitengrad, um sich von der „Kampfbereitschaft“ der imperialistischen Seite zu überzeugen. Er gab das Signal zum Angriff. Kurz darauf stießen Verbände des Pentagon, die bald von den Armeen anderer NATO-Staaten und weiterer Mächte unterstützt wurden, tief in den Rücken der Koreanischen Volksarmee vor. Sie leistete dem mit modernster Technik zu Lande, zur See und in der Luft attackierenden und dadurch überlegenen Feind heldenhaften Widerstand, konnte jedoch nicht verhindern, daß Pjöngjang nach barbarischen Bombardements von ihm eingenommen wurde. Als die Truppen der Aggressoren die sozialistischen Nachbarländer zu erreichen drohten, erfolgte eine beispiellose Solidaritätsaktion. Zwei Millionen chinesische Volksfreiwillige - von der Sowjetunion mit technischer Ausrüstung unterstützt - gingen an die Front und eilten dem koreanischen Brudervolk zu Hilfe. In erbitterten und opferreichen Kämpfen wurden die Angreifer zum Ausgangspunkt ihrer Aggression zurückgeworfen. In einem der blutigsten Kriege der Menschheitsgeschichte, in dem Millionen koreanische Zivilisten getötet oder verwundet wurden, erlitt der Imperialismus trotz Flächenbombardements und des Einsatzes biologischer Kampfstoffe eine schwere militärische und moralische Niederlage. Nach jahrelangen Verhandlungen wurde ein Waffenstillstand ausgehandelt, dem bis heute kein Friedensvertrag gefolgt ist, wenn sich auch die Beziehungen zwischen beiden Landesteilen - der sozialistischen KDVR und der kapitalistischen Republik Korea - vor allem durch das jüngste Gipfeltreffen beider Seiten inzwischen entspannt haben.

50 Jahre nach dem USA-Überfall auf Korea, der wie später die USA-Aggression in Vietnam die Völker der Welt zu Kampf und Widerstand mobilisierte, muß daran erinnert werden, daß die Gefahr noch immer nicht gebannt ist. Bis heute stehen starke, mit Kernwaffen ausgerüstete USA-Verbände in Südkorea. Der Imperialismus hat sein Ziel nicht aufgegeben, die sozialistischen Staaten Asiens und Lateinamerikas ebenfalls zu zerschlagen oder im Zuge eines „Wandels durch Annäherung“ umzudrehen. Deshalb heißt Erinnerung an Korea 1950 zugleich Mahnung und Wachsamkeit. Und Solidarität mit allen, die den sozialistischen Weg weitergehen.

S. R.

Zum Geiseldrama auf den Philippinen

Im Kreuzfeuer zweier Gangsterbanden

Der Mitbegründer der Ende der 60er Jahre formierten Kommunistischen Partei der Philippinen, Jose Maria Sison, äußerte sich in einem Interview mit der Brüsseler Zeitung „Solidaire“ zum Geiseldrama auf dem südostasiatischen Archipel.

Solidaire: Abu Sayyaf, die Gruppe, von der die Touristen entführt wurden, wird in der Presse manchmal als eine Horde von Banditen, manchmal aber auch als revolutionäre Gruppe dargestellt. Was ist sie nun wirklich?

Jose Maria Sison: Im Südwesten der Philippinen lebt eine wichtige moslemische Minderheit. Angesichts der Tatsache, daß die Regierung ihre Rechte nicht respektiert, entstanden dort vier bewaffnete Organisationen sehr unterschiedlicher Orientierung ... Abu Sayyaf wurde Anfang der 90er Jahre durch einen in Afghanistan ausgebildeten philippinischen Moslem und einen Offizier der Regierungsarmee Manilas geschaffen. Das Ziel der Gruppe besteht darin, die Moslems zu spalten. Ihr Programm ist unklar.

Solidaire: Wie beurteilen Sie deren spektakuläre Aktion?

Jose Maria Sison: In jedem Falle finde ich, daß es nicht gerechtfertigt ist, Zivilisten gefangen zu nehmen, die mit dem bewaffneten Konflikt nichts zu tun haben. Andererseits handelt die philippinische Regierung unter Präsident Estrada in einer besonders provokatorischen Weise. Sollte dieses Ereignis tragisch enden, dann wäre das das Resultat einer Konfrontation zwischen zwei Gangsterbanden.

Solidaire, Nr. 19, 10. Mai 2000

Dank an Spender

Nachdem wir in schwieriger Lage dazu gezwungen waren, unsere Leser, Freunde und Förderer um zusätzliche Überlebenshilfe zu bitten, konnten mit der Unterstützung vieler Kommunisten und Sozialisten im ganzen Land erste Voraussetzungen für den Fortbestand des „RotFuchs“ im bisherigen Umfang geschaffen werden.

Wir danken allen Spendern für ihre kleinen und größeren Zuwendungen, für ihre Opferbereitschaft und Solidarität. Zugleich bitten wir unsere Freunde darum, bei der Absicherung dieser kommunistischen Zeitung nicht nachzulassen.

Redaktion „RotFuchs“

Bei böhmischen „RotFuchs“-Lesern zu Besuch

Der Mann mit der Thälmann-Fahne

Wir hatten schon viel von ihm gehört - bei den jährlichen Treffen tschechischer Kommunisten und ausländischer Freunde, darunter Genossen der PDS und der DKP - unterhalb der Burg Kuneticka Hora war er als Träger der Thälmann-Fahne zum Begriff geworden. Jenes berühmten Banners, das Ernst Thälmann Ende der 20er Jahre bei einem Grenztreffen mit tschechoslowakischen Klassenbrüdern und Kampfgefährten übergeben hatte: Bruno Fiser, der Sohn des legendären Kommunisten Josef Fiser, der einst zu den Mitbegründern der Kommunistischen Partei im Riesengebirgsland gehört hatte. Seit langem „RotFuchs“-Leser, hatten Bruno und seine Lebensgefährtin Marketa Jakobsova (Margarete) Genossen unserer Redaktion zu einem Besuch nach Trutnov eingeladen. Auf einer Fahrt in die Slowakei machten wir in dem alten Haus an der Polska-Straße Station und begegneten dabei prächtigen Menschen und wahren Kommunisten. Bruno hatte sich auf seine Gäste gründlich vorbereitet. Er berichtete uns vom Kampf des Bundes tschechischer Grenzler, der vielerorts im Böhmisches als Antwort auf revanchistische Forderungen aus Deutschland und Prager Ausverkaufsbereitschaft entstand. Dabei handelt es sich um eine internationalistische Organisation unter maßgeblicher Beteiligung von Kommunisten, die enge Beziehungen zu Antifaschisten jenseits der Grenze sucht. Bruno ist der Ehrenvorsitzende des Bundes im Kreis Trutnov. Viele Dokumente, Fotos und Pressefotos wurden uns in freundschaftlicher Runde gezeigt - Zeugnisse des Kampfes tschechoslowakischer Kommunisten und der revolutionären Familientradition der Fisers.

Der Schlosser Bruno und die Textilschneiderin Margarete stehen ohne Abstriche zu ihrer Vergangenheit und zur sozialistischen CSSR. Das wurde uns besonders bewußt, als Marketa am Morgen des zweiten Tages in den Garten ging, um drei Blumensträuße zu schneiden. Sie waren für zwei sowjetische Ehrenmale und das Grab der jüdischen Mädchen bestimmt, die als Zwangsarbeiterinnen eines in Sichtweite des Fiser-Hauses gelegenen Konzentrationslagers zu Tode geschunden oder ermordet worden waren. In tiefer Ergriffenheit standen wir auf dem Trutnover Friedhof an ihren Gräbern.

Bruno machte uns auf eine schändliche Tat aufmerksam: Am Gedenkobelisk für die sowjetischen Befreier hatten die neuen Machthaber Tschechiens den roten Stern an der Spitze herausbrechen lassen. Hier wie auch an einem bescheidenen Denkmal für Rotarmisten der 21. Armee der 2. Ukrai-

nischen Front, die am 9. Mai 1945 Trutnov als erste erreicht hatten, lagen Blumengebilde der KSCM - Fisers Partei - mit roten Schleifen.

Der Besuch bei Marketa, die tags darauf zur jährlichen Ehrung der Opfer des KZ nach Theresienstadt aufbrach, und Bruno, ihre aufopfernde Gastfreundschaft, ihre Treue zur Sache haben uns tief bewegt.

Auch in Jicin trafen wir in der Kreisleitung der KSCM mit Freunden und Genossen zusammen. Hier empfingen uns der Vorsitzende Jaroslav Petr, Mitglied des ZK der Partei, und seine Mitstreiter zu einem kameradschaftlichen Gedankenaustausch. Das Gespräch vermittelte Josef Havel, Stellvertreter Petrs und ein alter „RotFuchs“-Leser, der schon verschiedene Artikel unserer Zeitung für „Halo noviny“ - die in Prag erscheinende zentrale Zeitung der KSCM - übersetzt hat. Darunter den Feldbauer-Klassiker „Küsse für Madeleine“, in dem vom Wunsch tschechischer Reaktionäre berichtet wurde, die Dame Albright aus den USA „aufgrund ihrer nationalen Herkunft“ als Nachfolgerin Havels zur Präsidentin zu küren.

Dank den Genossen in Jicin für ihr Verständnis und ihre Solidarität.

Bruni Steiniger



Bruno Fiser

Zu den derzeitigen Klassenkämpfen in Zimbabwe

Proletarischer Druck

Die internationale Bourgeoisie und ihre Medien mit London an der Spitze schlagen Alarm: In Zimbabwe würden die „Menschenrechte“ der weißen Großplantagenbesitzer mißachtet. Mordend und brandschatzend zögen Horden vom Staatspräsidenten Robert Mugabe und seiner seit 1980 am Ruder befindlichen ZANU-Partei aufgehetzter schwarzer Landarbeiter über die Farmen und Familien ihrer treusorgenden weißen „Arbeitgeber“ her. Jetzt habe die Führung Zimbabwes im Überschwang der Gesetzlosigkeit sogar einen Großteil der riesigen Farmen enteignet, um sie unter den landlosen Proletariern aufzuteilen.

Was geht hier vor?

Imperialismus und internationale Reaktion, die Mugabe - der sich jetzt offenbar zu seinen marxistischen Ursprüngen zurückzutasten sucht - die Tatsache nicht verzeihen, daß er sich an die Seite des von der Apartheid befreiten Südafrika und des Kongo Kabilas stellte, haben eine Verleumdungskampagne schlimmster Art gegen die staatliche und politische Spitze Zimbabwes entfesselt. Dabei geht es in erster Linie nicht um Mugabe, sondern vor allem darum, daß in dem wichtigen afrikanischen Land (der früheren britischen Kolonie Südrhodesien) eine erbitterte Klassen Schlacht der schwarzen Ausbeuteten gegen weiße Ausbeuter staatliche Unterstützung erfährt. Was sich dort abspielt, ist kein „Rassenkrawall“, wie die imperialistischen Medien einreden wollen, sondern ein echter und tiefer sozialer Konflikt. Nach dem Sieg im antikolonialen Befreiungs-

krieg ging die Regierungsgewalt, nicht aber die ökonomische Macht an die Zimbabwe African National Union der Patriotischen Front (ZANU-PF) über. Die von Mugabe geführte Bewegung hatte sich in ihrem Manifest als „marxistische Vorhutpartei“ dargestellt und erklärt, sie visiere die Ersetzung des kolonialkapitalistischen Systems durch den Sozialismus an.

Die imperialistischen Mächte und ihre Geheimdienste zogen daraufhin alle Register, um eine Umverteilung des Reichtums zwischen ökonomisch herrschenden weißen Großgrundbesitzern und der schwarzen Mehrheit zu verhindern. Es wurde dazu aufgerufen, die Konsolidierung der Macht der „Kommunisten“ zu verhindern. Parallel zum Frontalangriff lief ein subtiler und unablässiger Prozeß revisionistischer und konterrevolutionärer Unterwanderung. Zentrale Strukturen der ZANU und der Regierung wurden infiltriert. Unter Ausnutzung der Tatsache, daß zahlreiche Simbabweer in Großbritannien und den USA studiert hatten, schob man von MI6 und der CIA Angeworbene in Schlüsselpositionen der Ministerien vor. So wurden immer mehr strategische Bereiche im Umfeld Mugabes durch Gewährsleute der Imperialisten besetzt. Diese „schlafenden Agenten“ sollten im Falle des Erfordernisses aktiviert werden.

Fünf Jahre nach Zimbabwes Unabhängigkeit war die prosozialistische Orientierung endgültig aus dem Spiel. Die Korruption in Führungskreisen, Vetternwirtschaft und Stammesdenken nahmen Überhand. Um

ihr Ziel zu erreichen, hatten Kapitalkreise des Auslands und deren innenpolitische Komplizen chaotische Verhältnisse in der Wirtschaft herbeigeführt. Die Produktion der hauptsächlichlichen Landeserzeugnisse ging drastisch zurück, elementare Waren wurden knapp, Ersatzteile fehlten. In den Betrieben kam es zu Massenentlassungen. Der Lebensstandard sank dramatisch.

All das wurde der ZANU und Mugabe persönlich angelastet. Der Niedergang Zimbabwes, das von früheren Freunden - besonders nach dem Kollaps der Sowjetunion - abgeschnitten war, rief eine außerordentliche Verschärfung des Klassenkampfes hervor. Während die innere und äußere Reaktion versuchte, Mugabe und die ZANU über Wahlen und Abstimmungen loszuwerden, schloß sich ein großer Teil des Agrarproletariats und der landlosen Bauern um den Kriegsveteranenverband zusammen. Dieser erhob die Forderung nach entschädigungsloser Enteignung der weißen Großplantagenbesitzer und nach Rückkehr zu den ursprünglichen Zielen des Befreiungskampfes. Die Auseinandersetzungen verliefen hart und kompromißlos. Daß es dabei den Grundbesitzern an den Kragen geht, hat die „Menschenrechtsverfechter“ im Westen auf den Plan gerufen.

Wir Kommunisten stehen auf der Seite der schwarzen simbabwischen Massen, die für das elementare Menschenrecht auf Grund und Boden kämpfen.

R. F.

Pinochet muß verurteilt werden

Am 23. Mai 2000 beriet das Plenum des Berufungsgerichts in Santiago de Chile über die Immunitätslage des Henkers Pinochet. Das Ergebnis: Mit 13 : 9 Stimmen sprach sich die Instanz für eine Aufhebung der Immunität Pinochets aus, der nach seinem Rücktritt als Oberbefehlshaber des Heeres zum Senator auf Lebenszeit ernannt worden war. Damit ist es jetzt Sache des Obersten Gerichtshofes, diese Entscheidung zu bestätigen und den Weg für einen ordentlichen Prozeß freizumachen.

Als Pinochet im Oktober 1998 unerwartet in London festgesetzt wurde, empfanden jene Chilenen Genugtuung, die 25 Jahre lang ohnmächtig hatten mit ansehen müssen, daß der Tyrann in Amt und Freiheit blieb. Und das dank einer von ihm selbst zurechtgeschneiderten

Verfassung und seines scheinbar lebenslangen Immunitätsstatus.

Für den 3. Juni 2000 riefen die „Kulturelle Gesellschaft Gabriela Mistral“, die „Freundschaftsgesellschaft Salvador Allende e. V.“ sowie das Forschungs- und Dokumentationszentrum für Lateinamerika (FDCL) zu einem Meeting auf. Die chilenischen Freunde und Genossen begannen an diesem Tage mit einer Unterschriftenaktion „Für Wahrheit und Gerechtigkeit in Chile“, die eine Millionen Stimmen für die Verurteilung Pinochets bringen soll.

Wir Kommunisten der DKP unterstützen diese Aktion und rufen zur Mitarbeit auf. Listen sind beim Bezirksvorstand erhältlich.

Michael Czech,
DKP-Gruppe Berlin-Mitte

Ein Wunsch

Aus gegebenem Anlaß bitten wir unsere Leserinnen und Leser, der Redaktion grundsätzlich keine Artikel, Briefe usw. zu senden, die gleichzeitig auch an andere Publikationen übermittelt worden sind oder werden sollen. Der „RotFuchs“ legt - von ausdrücklich gewollten Nachdrucken abgesehen - Wert auf die Exklusivität seiner Beiträge.

Die Redaktion

**Diese Zeitung wird durch
Spenden finanziert.**

Über den Widerstand und seine Helden

Die „Offenen Türen“ von Cabañal

Vom 8.-12. Mai fand an der Internationalen Universität Menéndez Pelayo in Valencia das Seminar „Memoiren der Geschichte und mündliche Quellen: Krieg, Exil und Widerstand“ statt. Warum darüber berichten? Erst recht in einer Zeit, in der Geschichte auf den Müll soll, in der per Internet kommuniziert, diskutiert, geredet und „gefühl“ wird, und vor allem interessiert, was „Big Brother“ macht (übrigens hat Spanien endlich auch seinen eigenen „Gran Hermano“). Wer denkt da noch an die Kämpferinnen und Kämpfer von vor mehr als einem halben Jahrhundert? Die „ewig Gestrigen“, wie es heißt; oder die, die sich nicht geschlagen geben. Es gilt, in allen Ländern, wo der Faschismus wütete, noch viel zu bewahren, festzuhalten, weil ihr Kampf Teil unserer - nicht der herrschenden - Geschichte ist. Ich weiß nicht, „wohin“ diese Geschichte in der DDR nach deren Annexion durch die BRD geriet. Auch in diesem Zusammenhang wollte ich Euch von dem Seminar berichten.

Wir wollen keine Geschichte an sich bewahren, keinen Schlußstrich unter unsere jüngste Vergangenheit - Faschismus, Krieg - ziehen. Viel wichtiger ist doch, was wir aus der Geschichte mitnehmen; was uns heute hilft, Gesellschaft und Politik zu verstehen und einzuschätzen. Oft heißt es: daraus lernen. Die mündliche Überlieferung ist dafür ideal. Wir erleben die Geschichte anders, packend und nicht in zu recht gestützten soziologisch-wissenschaftlichen Daten; was heißt, die Geschichte von oben mit Kaisern, Königen und Päpsten, mit der wir im Kapitalismus groß wurden und alt werden sollen... Geschichtsfälschung schlicht; die Tyrannen gehören der Vergangenheit an. Und so auch Hitler, Mussolini und Franco. Warum? Wohl wegen der „Auswirkungen“ bis heute?

Im Seminar hieß es, mündliche, direkt übermittelte Geschichte sei kein Widerspruch zur herkömmlichen (besser: herrschenden) Geschichte, sondern Ergänzung.

Die Erzählungen oder Interviews mit vom Faschismus „Betroffenen“ machen selbst betroffen, weil wir an ihrem Kampf und daran teilnehmen können, wie sie ihr Leben organisierten. Im Seminar wurde dem Rechnung getragen. Es gab zwei abendliche Veranstaltungen mit Kämpferinnen und Kämpfern von damals: Unter ihnen Carmen von den Mujeres Libres und Pilar von den Mujeres Antifascistas sowie Adelina aus der früheren Sowjetunion von den Internationalen Brigaden, Florian von der Guerrilla, die nach 1939 den Kampf gegen den Faschismus in Spanien fortführte. Luis, ein „Nino de la Guerra“, war eines der damaligen Kinder, die aufgrund der Bombardierungen ins Ausland gebracht wurden. Er lebte bis 1993 in der Sowjetunion.

Adelina und Luis kämpften in der Roten Armee gegen den Faschismus. Alle erzählten einen Ausschnitt aus ihrem bewegten kämpferischen Leben. Obwohl die Zeit knapp war, zeigten sie uns das andere Gesicht der Geschichte.

Der Aufruf Carmens an uns Zuhörende, nie den Kampf gegen die Barbarei einzustellen, drückt das richtige Geschichtsverständnis weit über bloße Geschichtsforschung und -schreibung aus. Widerstand gegen die kapitalistische Leere und das Sterben hat leider nichts an seiner Notwendigkeit verloren. Adelina schloß das Seminar am letzten Tag mit einem Appell an uns alle, nicht nachzulassen, die Erlebnisse der Kämpfenden aufzuzeichnen und für Nachfolgende zu erhalten.

Um Kontinuität der Geschichte und des Widerstands, weniger um mündliche Überlieferung, aber desto mehr um angewandte Geschichte (im nicht staatskonformen Sinne) geht es bei den „Offenen Türen“ (was das ist, erkläre ich später) im Cabañal, dem Hafen, Fischer- und Stadtstrandviertel von Valencia. Ein hirnrissiges, nur dem Geldsäckel diverser Unternehmer dienendes Straßenbauprojekt rief und ruft den Widerstand der dort lebenden Menschen hervor. Cabañal ist ein Bezirk mit schönen alten Häusern, aber kein Revier der Reichen, sonst gäbe es ja auch nicht dieses Projekt. Hier geht es nicht um Restauration oder mehr Wohnkomfort. Viele Menschen leben schon immer in diesem Viertel. Jeden Sommer, seit fast drei Jahren, konnte ich mich vom Andauern ihres Widerstandes überzeugen: Auf meiner Busfahrt zum Strand sah ich die aus den Fenstern und von den Balkons hängenden Transparente gegen das Projekt.

Dieses Jahr wurde ein großer Sohn der Stadt, ja sogar aus Cabañal, für die zum dritten Mal stattfindenden „Offenen Türen“ gewählt. José Renau ist vielleicht manchen aus der DDR ein Begriff. Er lebte ab 1958 in Ostberlin im Exil, starb dort 1982 und ist auf dem Sozialistenfriedhof in Friedrichsfelde begraben. Renau war Künstler, insbesondere machte er Fotomontagen und Wandmalereien, aber auch Plakate. 1907 in Valencia geboren, trat er 1931 der KP Spaniens bei. Er gehörte zu den Mitbegründern der „Union proletarischer Schriftsteller und Künstler“ in Valencia und schuf 1933 sein erstes großes Wandgemälde im später zerstörten Lokal der Hafenarbeitergewerkschaft. Während des Krieges war er drei Jahre Generaldirektor der „Bellas Artes“ (Schönen Künste). Maßgeblich trug er zur Rettung des Kunstschatzes im Madrider Prado bei. Er wurde nach Valencia, der damaligen Hauptstadt der Spanischen Republik, gebracht, um ihn vor der Zerstörung durch faschistische Bombenangriffe

zu bewahren. 1937 organisierte Renau den spanisch-republikanischen Pavillon der Weltausstellung in Paris. Das „Ergebnis“ kennen wir alle: Picassos berühmtes Gemälde „Guernica“.

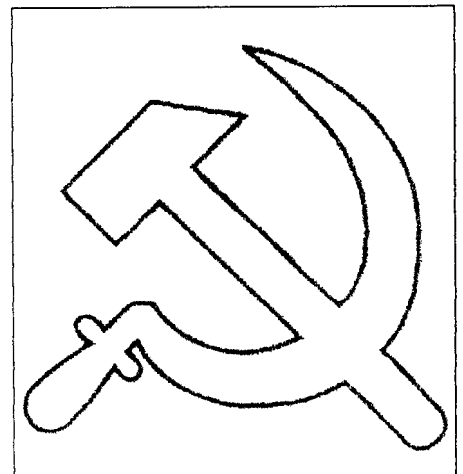
Die „Offenen Türen“ bedeuten: 197 Werke Renaus sind nach Epochen und Zusammenhang in elf der durch das Straßenbauprojekt vom Abriss bedrohten Häuser ausgestellt. Ich machte die Runde durch alle 11 Häuser und war begeistert. Außer Renaus Arbeiten sind ja auch persönliche Dinge der Leute - da sie da leben - zu sehen; mich hemmte das am Anfang, einfach in fremder Leute Wohnung reinzumarschieren ...

Die Ausstellung fängt in einer Diele im dritten Stock an, wo die ersten malerischen Schritte Renaus zu sehen sind. Dann geht es ebenerdig direkt ins Wohnzimmer einer bestimmt schon lange da lebenden Frau. Dort kann man die „Zehn Gebote von 1934“ - eine Anklage gegen den Kapitalismus - sehen. Weiter im dritten Geschoß ist in einer anderen Wohnung ein Teil seines politischen Werkes von 1936-49 ausgestellt. Auch Arbeiten, die während seines Exils in der DDR entstanden, sind zu besichtigen.

Zum Schluß sah ich - mit Infos, Plakaten und anderen Materialien bereits bepackt - „Über Deutschland“ (1966), Fotomontagen zum bundesrepublikanischen Alltag: vom Verbot linker Politik über Aufrüstung und Kontinuität der Nazijustiz bis zu den Notstandsgesetzen.

Eine gutgelungene Verbindung von Kunst und Widerstand. Der große Maler habe seine Werke dem Volk vermacht, weil für ihn die Kunst den Interessen des Proletariats dienen mußte, hatte der Stiftungsverwalter der „Fundación Renau“ bei der Eröffnung gesagt. So ist es wohl keine Frage, auf welcher Seite Renau heute stehen würde. Sein Vermächtnis und die „Offenen Türen“ gehören zusammen.

Isolda Bohler, Valencia



Reporterskizzen (25)

Schlagabtausch im Audimax

Ende Juni 1989 erreichte uns in der Redaktion des ND ein Brief aus Konstanz. Er war nicht ohne Zynismus geschrieben. Bemerkungen Erich Honeckers in einem „Newsweek“-Interview zu den „Gründen des Mauerbaus“ hatten den Zorn des unverkennbar auf der anderen Seite der Barrikade stehenden Absenders herausgefordert. Bei ihm handelte es sich um Prof. Dr. Wolfgang Schuller, Ordinarius der Alten Geschichte und damals Prorektor der Universität der kleinen Stadt am Bodensee. Obwohl der Brief politische Feindseligkeit gegenüber der DDR verströmte, passierte, was in jener Zeit gar nicht so üblich war: Der „Querulant aus dem Westen“ bekam eine Antwort, noch dazu sachlich und ohne Polemik. Prof. Schuller reagierte prompt, wobei er einen Stil wählte, der seinem Denken wohl nicht ganz entsprach. „Gewiß verstehe ich, daß Sie sich meinen Argumenten zu den Gründen der Sicherung der DDR-Staatsgrenze im Jahre 1961 nicht anschließen können“, schrieb er mir am 7. Juli 1989. Noch sarkastischer fügte er hinzu: „Aber vielleicht sind Sie doch, wie ich, gespannt, wie alles weitergehen wird.“ Sah er - der spätere „Sachverständige“ der berüchtigten Enquete-Kommission des Herrn Eppelmann zur „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ - die Konterrevolution schon ihre Schatten vorauswerfen? Noch unterzeichnete er verbindlich mit „Ihr sehr ergebener ...“ So begann eine lebhaftere Korrespondenz. Sie machte mich mit dem Fachmann für das Antike Athen und das Alte Rom, der nicht nur durch seine sachbezogenen Werke, sondern auch als Leitartikler nicht gerade linksstehender Blätter Profil errungen hatte, etwas näher bekannt.

Als Schuller, mit dem ich gelegentlich in einem Ostberliner Restaurant geplaudert und gegessen hatte, eine „Deutschlanddebatte“ der Konstanzer Filiale der „Europa-Union“ plante, kam er auf den Gedanken, zur Behebung von Eintönigkeit in den gemeinhin schwarzen Karpfenteich dieses Vereins einen roten Hecht zu setzen. So fragte er mich kurzerhand, ob ich bereit sei, mich am 8. Februar 1990 im Auditorium maximum der Konstanzer Alma mater, für die erst 1966 der Grundstein gelegt worden war, mit einigen hundert Leuten zu „messen“.

Auch wenn mir der Gedanke, ausgerechnet bei der „Europa-Union“ zu gastieren, nicht besonders reizvoll erschien, lockte mich andererseits die Vorstellung, gerade in den Tagen der sich entfaltenden Konterrevolution den Kampf eines einzelnen gegen alle zu wagen. Mir war klar, daß hier nicht nur mit Floretten gefochten, sondern auch mit schweren Säbeln geschlagen werden würde. Schullers Idee fand in Annette Steinfeld eine leidenschaftliche Befürwor-

terin. Die vielseitige Kreisvorsitzende der „Europa-Union“, die als Mittvierzigerin noch ein Jura-Studium aufgenommen und zwei Jahre zuvor an der Spitze der Konstanzer FDP erfolglos für den Bundestag kandidiert hatte, gewann den Völkerrechtler Prof. Kay Hailbronner als weiteren Podiums-diskutanten. Als Moderator des Abends bot sich „Südkurier“-Chefredakteur Gerd Appenzeller an, der später die Leitung des Berliner „Tagespiegel“ übernahm. Auch Prof. Schuller und der sich dann durch besondere Aggressivität hervortuende SPD-Politologe Dietrich Seuster sagten zu.

Am Tag des vereinbarten Schlagabtauschs - denn darum handelte es sich ja - holte mich Schuller mit seinem laubfroschgrünen VW in dem 1971 zu Konstanz geschlagenen Dorf Litzelstetten, wo er selbst lebt und ich bei den Steinfelds Quartier bezogen hatte, ab. Beim Passieren des Cafés Volapük erkundigte ich mich nach dem eigenwilligen Namen. Der Professor machte mich auf Charles de Gaulle aufmerksam. „Der war im Bilde“. Man brauche „kein Europa des Volapük, sondern ein Europa der Vaterländer“, hatte der General gegen Litzelstettens großen Sohn, den katholischen Ortspfarrer Martin Schleyer, gewettert. Der Geistliche war als Erfinder der um 1880 in Mode gebrachten Kunstsprache Volapük - sie ging dem trefflichen Esperanto voraus und beruhte vorwiegend auf verstümmeltem Englisch - zu einiger Bekanntheit gelangt.

Doch konzentrieren wir uns auf das Konstanzer Audimax. Es war bis auf den letzten Platz gefüllt. Dort hatte sich ein vielschichtiges Publikum versammelt. Hunderte Studenten, eine ganze Reihe von Hochschullehrern und Persönlichkeiten aus der Stadt, Europa-Unions-Gäste aus Österreich und der Schweiz, auch vier zu Universitätsverhandlungen am Bodensee weilende Leipziger Professoren hatten sich eingefunden. Sie alle wollten hören, was ihnen ein ND-Redakteur zur Zeit der Modrow-Regierung wohl sagen würde. Es ging zunächst fair, aber hart zu. Berührungsängste wurden abgebaut und Argumente sachlich konfrontiert. Dennoch: Es war ein Duell, da alle Redner gegen mich antraten. Den Vorträgen, die Schuller und ich hielten, und bei denen es in meinem Falle erste Zwischenrufe gab, folgte die allgemeine Debatte. Wer die Würde der DDR-Bürger durch den Versuch der Erniedrigung des anderen deutschen Staates verletze, dessen bedingungslose Kapitulation fordere, nach einem Szenarium zur Liquidierung der DDR handle, nicht bereit sei, deren Werte einzubeziehen, erweise der Verständigung zwischen Deutschen aus Ost und West einen schlechten Dienst, lautete

einer meiner Kernsätze. So etwa stand es damals im ND. Natürlich wurde sofort Widerspruch laut. „Welche Werte hat denn die DDR überhaupt noch zu bieten?“, fragte jemand mit Schärfe. Als ich unter anderem auf die durch Stipendien für alle abgesicherte Studienfreiheit zu sprechen kam, hakete sofort der nächste ein: „Aber viele durften doch bei Ihnen aus politischen Gründen gar nicht studieren, oder?“ „Richtig“, lautete die Antwort. „Das war genau so eine Einschränkung der Freiheit wie das Berufsverbot für Mitglieder der DKP, die in den CDU-regierten Bundesländern bis heute weder Lehrer noch Postbeamte noch Lokführer werden können. Eine Freiheit für alle gibt es in der Klassengesellschaft nicht.“

Als die Bemerkung fiel, die Menschen in der DDR seien - auch durch manche Entbehrungen und Schwierigkeiten - enger zusammengerückt, rief Dr. Lodemann, ein pensionierter Ministerialrat und vor Haß gegen alles Linke geradezu berstender Reaktionär aus Schleswig-Holstein empört dazwischen: „Das ist ja lächerlich.“ Offenbar kannte er sich - wie neben und nach ihm viele andere Wessis - in Sachen DDR besser aus. Ein Führer der Jungen Union, der offenbar den Takt angab, geißelte das „zusammengebrochene Gesundheitswesen der DDR“ und meinte, volles Verständnis für Ärzte zu haben, die unter solchen Umständen „den Kram hinschmeißen“ und des sehr viel günstigeren Verdienstes wegen nach dem Westen gehen. „Wie steht's bei Ihnen mit der Ethik des Mediziners?“, fragte ich zurück, und setzte, bei einigen schüchterne Zustimmung findend, sofort nach: „Ich habe Hochachtung vor Ärzten der BRD, die bereit sind, zeitweilig schlechtere Bedingungen in Kauf zu nehmen und dort in die Bresche zu springen, wo die Versorgung der Patienten nicht mehr gewährleistet ist.“

Am nächsten Morgen nahm ich an einer Redaktionskonferenz des zu Holtzbrinck - einem der fünf größten Medienkonzerne der BRD - gehörenden „Südkurier“ teil. Dabei folgte ich einer Einladung unseres Moderators Gerd Appenzeller. In der Journalistenrunde blieb kein Auge trocken. Hier waren Sympathien für einen roten Reporter nicht zu erwarten. Daß aber der verlogene und kleinkarierte Bericht des CDU-nahen Blattes über ihre Podiumsveranstaltung die Vorsitzende der Konstanzer „Europa-Union“ so treffen würde - damit hatte ich nicht gerechnet. „Mit unserer Pressefreiheit stimmt etwas nicht“, meinte Annette Steinfeld enttäuscht, als sie in meiner Gegenwart den „Südkurier“ aufschlug. „Was man von Ihnen fordert, hält man selbst nicht ein.“

Bei der Rückfahrt nach Berlin blickte mich im Abteil ein gerahmtes Werbeplakat an. Ein rosiges Ferkel schnüffelte in Banknoten. „Geld stinkt nicht“, stand darunter. Bild und Motto vermittelten einen Eindruck davon, was uns mit der Annexion der DDR durch die BRD, von der ich im Konstanzer Audimax eine Vorahnung vermittelt bekommen hatte, erwarten würde.

Klaus Steiniger

Am Rande bemerkt

□ Der bedeutendste bürgerlich-demokratische Dichter der Revolution von 1848, **Ferdinand Freiligrath**, wurde vor 190 Jahren, am 17. Juni 1810, in Detmold geboren (er starb am 18. März 1876 in Cannstatt). Freiligrath war der Sohn eines Lehrers. Schon seine ersten Gedichtsammlungen erregten Aufsehen. In seinen politischen Gedichten nahm er für die demokratisch-vorrevolutionären Tendenzen in Deutschland Partei („Glaubensbekenntnis“, 1844; „Ça ira“, 1846). Seine Gedichte wurden verboten, und Freiligrath mußte emigrieren; auf einen ihm zuvor vom preußischen König gewährten Ehrensold verzichtete er. Der Dichter war Mitglied des Bundes der Kommunisten und seiner Zentralbehörde (1849 bis 1853), in Brüssel schloß er eine langjährige Freundschaft mit Karl Marx, unter dessen Leitung er an der „Neuen Rheinischen Zeitung“ in Köln mitarbeitete. Die 1848 entstandenen Gedichte des „Trompeters der Revolution“ wurden viel gelesen und öffentlich vorgetragen („Die Toten an die Lebenden“, „Trotz alledem“, „Die Revolution“). 1851 mußte Freiligrath erneut emigrieren. 1868 kehrte er nach Deutschland zurück, wo er, in der Isolation lebend, seinen historisch überholten vorrevolutionären, nunmehr abstrakten Freiheitsideen nachhing.

□ Am 21. 6. gedenken wir des 90. Geburtstags von **Alexander Twardowski** (gestorben ist er am 18. 12. 1971). Der in Sargoje (Gebiet Smolensk) geborene russisch-sowjetische Lyriker besuchte zunächst eine Dorfschule und arbeitete dann als Schmied. 1936/39 studierte er an der Philologischen Fakultät der Moskauer Universität; während des Krieges war er Journalist. 1950 bis 1954 und 1958 bis 1970 war er Chefredakteur der Zeitschrift „Nowy mir“. Twardowski erlangte Bedeutung vor allem durch seine hervorragenden Poeme. 1941/45 entstand in unmittelbarer Verbindung mit den Soldaten an der Front das Poem „Wassili Tjorkin“ (deutsche Nachdichtung von Hugo Huppert, 1966); es berichtet vom Erleben und Denken eines einfachen sowjetischen Soldaten und wurde in der Sowjetunion zu einem der populärsten Werke der Kriegsliteratur; 1946 wurde es mit dem Staatspreis ausgezeichnet. Die lyrische Chronik „Das Haus am Wege“ (1946) enthält in sehr poesievoller Form die Gedanken des Autors über Krieg und Frieden, Leben und Tod, Aufbau und Zerstörung in Verbindung mit den Leiden der sowjetischen Zivilbevölkerung während des Krieges. 1950/60 schrieb Twardowski das Poem („Ferne über Fernen“, für das er 1961 den Leninpreis erhielt. Aufschluß auch über das spätere Werk Twardowskis und über sein Leben gibt der von Nyota Thun 1985 im Verlag Volk und Welt herausgegebene Band „Alexander Twardowski: Prosa über Literatur“.

□ Schließlich sind im „Kalender unserer Jubiläen“ in diesen Wochen zwei 110. Geburtstage vermerkt: Hans Marchwitza (25. 6. 1890–17. 1. 1965) und Vera Michailowna Inber (10. 7. 1890–1. 11. 1972).

Im Vorwort zur Erstausgabe von Marchwitzas Roman „Sturm auf Essen“ schrieb Alexander Abusch 1930:

„**Hans Marchwitza** ist der echteste Dichter der revolutionären Bergarbeiter. Sein Lebenslauf ist der eines Kumpels. Vierzehnjährig kam er in den oberschlesischen Bergbau und arbeitete dort sechs

Jahre lang vor Kohle und Erz. 1910 kam er ins Ruhrgebiet ... Im Krieg lag Hans Marchwitza dreiunddreißig Monate lang im Frontdeck. Im Blut und Grauen des Krieges entwickelte sich in ihm die Erkenntnis der Ursachen des imperialistischen Mordens, der kapitalistischen Ausbeutung, der Klassegegensätze. In den Kapp-Tagen an der Ruhr im März 1920 nahm er an den Kämpfen der Roten Armee vom ersten Tage bis zum Reichswehreinmarsch als Zugführer teil.



Zeichnung: Elizabeth Shaw

Vor wenigen Jahren fing er zuerst als Arbeiterkorrespondent zu schreiben an. Naturgemäß fällt ihm, dem Kumpel aus dem Osten, die Formung der Sprache viel schwerer als einem Schriftsteller mit guter bürgerlicher Schulbildung. Um so bewundernswerter, wie er immer und immer wieder an der Verbesserung seines Stils, an der vollen Beherrschung der Sprache bis in ihre letzten Feinheiten arbeitet!“

Auf der Trauerfeier für den am 17. 1. 1965 verstorbenen Hans Marchwitza sagte Alexander Abusch am 20. 1. 1965:

„Du hattest eine ... schöne Eigenschaft: Begeisterungsfähigkeit. Deshalb konntest Du, wenn Du gesprochen oder geschrieben hast, andere Menschen so stark für den Sozialismus begeistern. Du konntest bewegen, weil ... Du die Sprache der Kumpel gesprochen hast. Dein ungebrochenes Verhältnis zu ihnen, zum Volk, gab Deinem dichterischen Wort die Ursprünglichkeit, die starke Wirkung: einst in der leidenschaftlichen Anklage gegen die kapitalistischen Herren von Kohle und Stahl und in der Emigration im Lied der Sehnsucht nach der Heimat; nunmehr im Liede des Ruhmens auf das sozialistische Heute, auf den Frieden.

Du vermochtest menschlich zu ergreifen, weil Dein Herz in den bitteren Jahren Deines Lebens nicht an Menschlichkeit und Güte verloren, sondern nur gewonnen hatte. Du hast den hohen menschlichen Sinn unseres ganzen revolutionären Strebens in dem Wort geprägt: „Es war oft schwer, wir waren aber stärker. Das Menschliche ist stärker.“ Du empfandest es als das Glück Deines Lebens, in unserer Deutschen Demokratischen Republik zu leben und zu wirken, in einem Staat, dessen Wesen der sozialistische Humanismus ist und

in dem Du Deine Menschlichkeit voll entwickeln konntest.“

Vera Inber war eine russisch-sowjetische Dichterin, die heute zu Unrecht etwas in Vergessenheit geraten ist. In Inbers frühen Gedichten zeigten sich noch ästhetisierende Tendenzen; Anfang der 20er Jahre setzten sich realistische Gestaltungsformen in ihrer Dichtung durch. Hauptthema wurden die Aufbauenerfolge in der Sowjetunion, z. B. in „Bund der Mütter“ (1938); „Reisetagebuch“ (1939), ist ein lyrisches Poem über eine Reise durch Sowjetgeorgien. Vera Inber schrieb einen Roman über die Entwicklung der alten bürgerlichen russischen Intelligenz, „Platz an der Sonne“ (1929 im Malik-Verlag in der Übersetzung von Elena Frank, 1947 von D. Pittel neu übersetzt und zusammen mit anderen Novellen im Bermann-Fischer-Verlag auf deutsch erschienen). Ihre Erlebnisse während der Leningrader Blockade gestaltete sie in dem mehrfach ausgezeichneten Poem „Der Meridian von Pulkowo“ (1942) und in „Fast drei Jahre. Aus einem Leningrader Tagebuch“ (1945; zwei deutsche Ausgaben, 1946 und 1947, im SWA-Verlag, Berlin).

W. M.

Briefe an „RotFuchs“



Auf dem 15. Parteitag der DKP am letzten Wochenende habe ich Euren „RotFuchs“ kennengelernt. Ich bin Mitglied der DKP in Karlsruhe und finde Eure Zeitung echt Klasse. Wenn Ihr mir Eure Bankverbindung zukommen laßt, würde ich Euch eine Spende von 100 Mark überweisen und mich freuen, wenn Ihr mir den „RotFuchs“ regelmäßig schicken könntet.

Thomas Hilpp, Karlsruhe

Bemerkung der Redaktion:

Wir bitten alle Leser, die den „Rotfuchs“ unterstützen wollen, ihm Verrechnungsschecks, Briefmarken usw. in geeigneter Weise zukommen zu lassen, da die Zeitung gegenwärtig noch kein Bankkonto unterhält.

Liebe Genossen des „RotFuchs“, ich danke Euch zutiefst für Eure Arbeit! Schon 1990 hellhörig und argwöhnisch geworden, als ich „Wir brauchen einen dritten Weg“ (Herausgeber: Gysi) in die Hände bekam, habe ich lange gesucht - deprimiert bis verzweifelt über Jahre -, um Gleichgesinnte, aufrichtige, unserer Sache auch trotz der Niederlage treu ergebene Genossen zu finden. Wo waren sie nur alle geblieben!? Seit etwa Anfang des Jahres habe ich bei Euch wieder eine politische Heimat gefunden.

Der „RotFuchs“ muß leben!

Auch ich bin „Strafrentner“ und habe eine komplizierte Operation hinter mich bringen müssen, bin deshalb nicht mehr ganz „auf dem Damm“! Dennoch beiliegend meine Spende, gerne spare ich an anderer Stelle dafür noch etwas mehr! Euch allen beste Gesundheit, Treue zur Sache mit konsequenter präziser Wissenschaftlichkeit und Kampfeslust.

OMR Dr. med. Günther Lange, Neuenhagen

Herzlichen Dank für die erneute Zusendung des „RotFuchs“ vom Mai 2000. Die Ausgabe enthält wiederum viele nützliche Anregungen, besonders für das tiefere Erfassen der tatsächlichen „Lage der Nation“. Wäre es nicht überhaupt

zeitgemäß, die „Lage der Nation“ aus marxistischer Sicht darzustellen und umfassend zu diskutieren? Das könnte m. E. auch der Programm-Debatte zu tieferen Erkenntnissen verhelfen. Der chauvinistische Großmachtkurs der Schröder/Fischer-Regierung ist wahrlich nicht zu unterschätzen. Die Drillingsbrüder Imperialismus-Faschismus-Krieg haben zwar neue Gesichter, aber ihr gefährliches Wesen ist geblieben.

Herzliche Grüße

Prof. Kurt Tiedke, Frankfurt/Oder

Ganz herzlich bedanke ich mich für die regelmäßige Zusendung des „Rotfuchs“. Das ist eine wirklich gelungene Zeitung der Berliner DKP-Genossen. Hoffentlich lesen viele die frischen, klugen, nützlichen und parteilichen Gedanken. Gegen die ständigen antikommunistischen Verleumdungen sind offene kommunistische Gedanken nötiger denn je.

Wenn Ihr meint, daß ich im „Rotfuchs“ auch meinen Beitrag leisten kann, müßt Ihr mich das bitte wissen lassen. Nach Maßgabe meiner Kräfte will ich mich gern beteiligen.

Prof. Dr. Lothar Berthold

Ich bedanke mich herzlich für den „Rotfuchs“. Ich habe ihn schon ganz durchgelesen. Kurt Andras Artikel „Brüsseler Eindrücke“ ist wunderbar. Wir halten es für eine gute Sache, daß Ihr zu unserem Fest gekommen seid. So haben wir gegenseitig neue Genossen, revolutionäre Kräfte und Freunde entdeckt und kennengelernt. Aus den Leserbriefen im „Rotfuchs“ kann man entnehmen, daß Ihr viele Mitstreiter habt.

Kämpferische Grüße

Gertrude Bongaerts, Partei der Arbeit Belgiens, Brüssel

Ich habe den Artikel „Brüsseler Eindrücke“ von Kurt Andra über die Maifeier der Partei der Arbeit Belgiens mit Interesse gelesen. Ich möchte gern den Genossen unsere Zeitung „Straight Left“ schicken und im Austausch vielleicht „Solidaire“ bekommen. Wäre es möglich, daß Ihr mir die Adresse vermittelt?

Vielen Dank für den „Rotfuchs“. Euer konsequenter Standpunkt ist für uns immer sehr ermutigend. Ich wünsche Erfolg in allen Euren Kämpfen!

**Mit kommunistischen Grüßen
Pat Turnbull, London**

In der Mai-Ausgabe des „Rotfuchs“ las ich den aufschlußreichen Bericht des Genossen Kurt Andra über seine Teilnahme als Gast an der diesjährigen Maifeier der PTB und den Besuch unserer Genossen in der Redaktion von „Solidaire“. Der Bericht hat mich beeindruckt, sind doch der proletarische Internationalismus und die enge Zusammenarbeit der kommunistischen und Arbeiterparteien von großer Bedeutung für die Erhaltung des Friedens, die Zurückdrängung von Imperialismus und Faschismus und die Verteidigung sozialer Grundrechte. Der vereinbarte Austausch beider Zeitungen und die Einladung von „Rotfuchs“-Autoren zu Veröffentlichungen in „Solidaire“ durch Genossen Lerouge begrüße ich sehr.

Hans Fricke, Rostock

Herzlichen Dank für den fundierten Beitrag von Dieter Itzerott in der RF-Mai-Ausgabe „Warum war die SED die erfolgreichste Partei der deutschen Arbeiterbewegung?“ Er findet meine uneingeschränkte Zustimmung. Aus Gesprächen mit vielen PDS-Mitgliedern und Parteilosern weiß ich, daß sie in gleicher Weise urteilen. (...) Ich schließe mich der Feststellung Dieter Itzerotts an, wenn er schreibt: „Die Zerschlagung dieser Partei war das erste Hauptergebnis der Konterrevolution-

on von 1989/90. Revisionistische Kräfte im Innern bemächtigten sich damals im Wege eines Putsches ihrer Führungsstrukturen. Die SED wurde kampfunfähig gemacht und ein Teil ihrer Mitglieder auf die Bahn des Reformismus geführt.“

Zu meiner persönlichen politischen Bilanz gehört eine über 50jährige Mitgliedschaft in der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung (KPD, SED, SED/PDS, DKP). 1993 trat ich aus der PDS aus, da diese Partei des „Dritten Weges“ nicht mehr meine politische Heimat war. 1998 pflanzten wir in der Stadt „der friedlichen Revolution“ wieder das Banner von Marx, Engels und Lenin auf und gründeten die DKP-Gruppe Leipzig. Abschließen möchte ich meine Gedanken mit den Worten Dieter Itzerotts: „Den Schmähen und Fälschern erteilen wir damit eine kommunistische Antwort. Die positive Bilanz der SED ... gehört zum unverzichtbaren Arsenal für künftige Klassenkämpfe.“

Bernhard Paul, Leipzig

Habt Dank für die verlässliche Zustellung des „Rotfuchs“, die wir immer sehnlichst erwarten. Leider läßt meine eigene Zuverlässigkeit zur Zeit viele Wünsche offen. So habe ich, gleich aus welchen Gründen auch immer, einfach die rechtzeitige Übermittlung der Adressen für die künftigen „Rotfuchs“-Abonnenten verpaßt. Hier sind sie. (Es folgen drei Anschriften)

So, jetzt habe ich Euch zusätzliche Arbeit aufbürdet. Böse? Es gibt noch andere Genossen und Freunde, die ich nennen könnte. Es handelt sich bei ihnen meist um jüngere Menschen (35 bis 45 Jahre), die zwar überwiegend positiv auf den „Rotfuchs“ reagieren und ausführlich darüber diskutieren, die aber auch Ablehnung zeigen bei „zu viel Lobhudelei und zu wenig kritischer Distanz gegenüber der Parteipolitik vor 1989 ...“. Wir führen das Gespräch meist im kleinen vertrauten Kreis, kennen uns seit Jahren und pflegen auch familiäre Kontakte. Da ergibt sich immer die Möglichkeit zu gezielten Diskussionen. Aber ich stoße hier an Grenzen, die auch gesundheitlich bedingt sind. Dennoch - ich werde dranbleiben. Das ist versprochen!

Anbei etwas Futtergeld für den „Rotfuchs“, auf daß er auch weiterhin munter und schlau durch die Lande schnüren kann.

Karl Schaller, Berlin

Vielen Dank für den „Rotfuchs“ vom April 2000. Die Zeitung ist hervorragend und ich würde mich freuen, wenn Ihr sie mir weiterhin übermitteln würdet. Viel Freude bei Eurer Arbeit.

Rita Müller, Ludwigsburg

In letzter Zeit gab es des öfteren Meinungsverschiedenheiten zu im „Rotfuchs“ aufgeworfenen Problemen. Ihre Austragung ist natürlich positiv. Eine Partei ohne Meinungsstreiter stirbt. Es kommt zum ideologischen Stillstand und damit zum Rückgang, zur existentiellen Gefahr, wie sich in der letzten Phase an der SED gezeigt hat. Ich möchte hier nicht zu Meinungsverschiedenheiten Stellung nehmen. Mich beunruhigt etwas anderes: Die ablehnende Haltung von verantwortlichen Genossen gegenüber dem „Rotfuchs“ als Organ der Partei bzw. der Gruppe Nordost.

Das zeigt sich z. B. daran, daß die UZ ihre Spalten regionalen Parteizeitungen öffnet, daß das aber bisher nicht für den „Rotfuchs“ galt. Dabei hätte er eine Würdigung verdient. Genosse Stehr meinte kürzlich in einer Zusammenkunft der Gruppe Nordost, es sei zu überlegen, den „Rotfuchs“ nicht als ein Blatt der DKP, sondern irgendwo außerhalb der Partei herauszugeben. Diesen Gedanken zu verwirklichen, würde für die DKP sehr negative Folgen haben. Ich

begründe das: Der „Rotfuchs“ hat inzwischen rund 5 000 Leser, mehr als die DKP derzeit Mitglieder besitzt. Seine Autoren sind anerkannte Marxisten-Leninisten, Parteimitglieder mit überwiegend langjähriger Erfahrung oder andere Kommunisten-Sozialisten von hohem Ansehen. Der „Rotfuchs“ leistet ohne Zweifel eine wertvolle ideologische Arbeit und wirkt zugleich für die DKP, eben weil er als Parteipublikation erscheint. Darum ist mir unverständlich, daß es Genossen gibt, die ihn nicht uneingeschränkt anerkennen. Viele Leserbriefe beweisen, daß der „Rotfuchs“ mit großer Zustimmung aufgenommen und sein monatliches Erscheinen mit Ungeduld erwartet wird. (...)

Darum: Fördern wir den „Rotfuchs“ als Instrument zur Verbreitung unserer Weltanschauung, fördern wir den sachlichen, konstruktiven Meinungsstreit. Hierzu gehört übrigens auch die finanzielle Hilfe. Deshalb ...

Herbert Thomas, Berlin

Zu Bemerkungen Heinz Stehrs - im RF nachlesbar -, die Zeitung solle lieber nicht im Rahmen der DKP herausgegeben werden, wollen wir uns kurz äußern. Die jahrelange Abneigung des PV und der UZ-Redaktion gegen den „Rotfuchs“ ist unverständlich und unbegründet. Eigentlich müßte die DKP stolz darauf sein, daß in ihrem Namen eine so klare, gutgemachte und konsequent marxistische Zeitung erscheint. Der Erfolg spricht für sich! (...) Auch ist es bedauerlich, daß sich Heinz Stehr nach wie vor zu Robert Steigerwalds Attacken gegen uns bekennt und diese in der UZ Nr. 19 (im Leserbrief eines gewissen Penner) sogar noch fortgesetzt worden sind.

Rosi und Wolfgang Nicolas, Brandshagen

Zu Penners Leserbrief in der UZ (Nr. 19), der mit der Überschrift „Gegen 'theoretische Reinheit' zum Selbstzweck“ erschien und sich vor allem auch gegen die KPD wendet, vertrete ich folgende Meinung: Penner hat recht, daß nur die Einheit von Theorie und Praxis zur Änderung der Verhältnisse führen kann. Auch die KPD (Ost) unternimmt Aktionen und beschränkt sich keineswegs nur auf Theoriearbeit. Schaut man auf das Gebiet der annektierten DDR, so sieht man fast überall ein kameradschaftliches Zusammenwirken von KPD und DKP. Sicherlich ist die KPD nur eine kleine marxistisch-leninistische Partei, aber predigt die UZ nicht ständig die Aktionseinheit mit allen Kommunisten auch außerhalb der DKP, besonders, wenn es um die KPF in der PDS geht? Warum soll das nicht auch mit der KPD möglich sein? Wir müssen unseren Gegnern (!) die Stimmboten und uns nicht auch noch innerhalb der kommunistischen Bewegung bekämpfen!

Penner lügt, wenn er behauptet, die KPD habe die DKP als „Arbeiterverräter“ usw. bezeichnet. In welcher Publikation dieser Partei sind solche Vorwürfe enthalten? Wir Kommunisten müssen lernen, das Trennende zu überwinden und gemeinsam zu kämpfen, wenn wir nicht im politischen Ghetto verbleiben wollen. In diesem Sinne: Dem Freund die Hand, dem Feind die Faust!

Manuel Soler, Osnabrück

(...) Nun hoffe ich, daß ich bald wieder an den Versammlungen teilnehmen kann. In 4-6 Wochen werde ich soweit mobil sein, wieder problemloser gehen und länger sitzen zu können. Auch wenn ich dann vielleicht vorerst an den Zusammenkünften als „Sympathisant“ teilnehme. Denn die Politik der DKP zieht mich nicht so gewaltig in ihre Reihen, und ich sage es ganz ehrlich: Gabe es nicht die Gruppe Nordost, würde ich ganz sicher nicht den Schritt in die DKP noch einmal gehen.

Zur neuesten Ausgabe des RF kann ich nur das Gleiche wie zur vorangegangenen sagen: Klasse! (...) Den Bericht über „RotFuchs“ und Verfassungsschutz habe ich mit Genugtuung gelesen, zeigt er doch, daß der Gegner die Zeitung als politisches, marxistisch-leninistisches „Instrumentarium“ der Klassenauseinandersetzung mehr respektiert und höher bewertet als der Parteivorstand der DKP!

Sehr wichtig ist für uns als Kommunisten aus dem Osten der Beitrag des Genossen Dieter Itzerott mit seiner Forderung, uns zu unserer Partei - der SED - und zu unserem Staat - der DDR als der größten Errungenschaft der revolutionären Arbeiterklasse - trotz aller Fehler und Mängel, mit denen wir uns selbst auseinanderzusetzen werden, zu bekennen. (Dazu brauchen wir keine nachgeborenen Klugredner, die die DDR - das ist kein Vorwurf - entweder nur aus der Windelperspektive kennen oder die, ohne dabeigewesen zu sein, alles ganz anders und auch viel besser gemacht hätten. Wir brauchen auch nicht den Ratschlag bestimmter Besserwisser aus den alten Bundesländern, die noch heute mit Stolz von sich sagen, sie seien „nicht wegen, sondern trotz der DDR Kommunisten geworden“.)

Manche verqueren Vorstellungen von der DDR und der Konterrevolution, die sie zu Fall brachte, haben offenbar ihren Ursprung in jenem „Bericht des Präsidiums an die 9. Parteivorstandstagung der DKP“ vom 22. November 1989. Darin hieß es: ... der Umgestaltungsprozeß des Sozialismus in der DDR ist das weltpolitische Thema Nr. 1. Er hat historische Dimensionen und einen revolutionären Charakter. Es geht um die Demokratisierung und Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft und um die Erneuerung der kommunistischen Partei. Es geht um die Überwindung von Stagnation und Deformation, hervorgerufen durch einen bürokratisch-administrativen Sozialismustyp, der gescheitert ist. Die Perestroika in der DDR wurde vom Volk erzwungen, sie wird vom Volk vorangetrieben und sie hat schon jetzt das Gesicht des Sozialismus in der DDR verändert...“ Hat die DKP diese auch von den „Neueren“ um Gehrcke mitgetragene Einschätzung jemals offiziell zurückgenommen? Ich glaube, man muß das kennen, um zu verstehen, warum einige Genossen unsere Herkunft - SED und DDR - heute in Dokumenten gerne unterschlagen oder außer Acht lassen möchten. Der „RotFuchs“ wirkt da als mahnendes Gewissen. Damit er seine Funktion auch weiterhin so gut erfüllen kann, anbei wieder etwas Futter ...

Dr. sc. Sigmar Ebbach, Berlin

Anbei die versprochene Spende für den „Roten Fuchs“ von 8 Liebhabern (Genossen und Sympathisanten) aus dem Raum Freiberg, Chemnitz, Marienberg. Sicher wird die Schar der „RotFuchs“-Anhänger weiter wachsen; dazu dienen auch die offenbar zahlreichen örtlichen Vielfältigungen auf Kosten „schwarzer Kassen“. Macht weiter so! Trotz alledem!

Dipl.-Ing. Dieter Rosenberg, Freiberg

Für die regelmäßige Übersendung des „RotFuchs“ danke ich Euch sehr herzlich. Die Lektüre ist immer wieder erfrischend und bereitet mir Genugtuung. Die Autoren verdienen hohe Anerkennung. Ihnen und allen anderen Mitarbeitern herzliche Grüße und ein großes Dankeschön.

Johannes Chemnitzer, Lichtenberg

Herzlichen Dank für den 28. „RotFuchs“. Bezahlten wir mit 20 DM die 7. „RotFuchse“, die wir erhalten, oder liegen die tatsächlichen Kosten höher? Uns Straftentnern ist für den „RotFuchs“ nämlich nichts zu teuer.

Gerhard Müller, Neubrandenburg

Einige Gedanken zu den Differenzen zwischen „RotFuchs“ und DKP-Vorstand:

- Die DKP hat ein Durchschnittsalter von ca. 58,4 Jahren, bei der Gruppe Nordost liegt dieses bei über 63, nur wenige Genossen sind noch beruflich tätig oder unter dem Rentenalter ... Schon dadurch ist ein direktes Werben neuer Mitglieder in Betriebskollektiven oder bei Arbeitskämpfen praktisch unmöglich.

- Die Gruppe NO, somit auch der „Fuchs“, verfügen über ein riesiges politisches Erfahrungswissen und Intelligenzpotential, über ein Wissen, das auch ständig erweitert wird.

- Wichtiger Bestandteil der Arbeit einer marxistisch-leninistischen Partei sind Agitation und Propaganda, besonders zur Zeit massiver Rückschläge durch die Konterrevolution. Noch wichtiger ist das bei einer kleinen Partei mit wenig Mitteln und im Kampf gegen den gesamten Medienapparat des Kapitals.

- Bestimmte Arbeiten müssen von denen ausgeführt werden, die dafür die besten Voraussetzungen haben, die es am besten können. Genossen, die auf bestimmten Gebieten über hohe Fähigkeiten verfügen, sollten auch auf diesen tätig sein. Daher ist es gut und vernünftig, wenn das politisch-theoretische Potential der Gruppe NO in klarer und verständlicher Form (auch mit sehr gutem Deutsch!) eingesetzt wird, um seine Kenntnisse zu verbreiten. Es wäre also rationell, wenn bestimmte leitende Genossen nicht gegen den RF auftreten, sondern mit ihm zusammenarbeiten würden. Dabei müßten Rivalität und Kampf zwischen UZ und RF, die der DKP abträglich sind, vermieden werden. Eine produktive Konkurrenz kann indes nicht schaden.

- Aufgrund unterschiedlicher persönlicher Erfahrungen zu verschiedenen Zeiten kann es auch unter Mitstreitern des RF in der einen oder anderen Frage zu differierenden Auffassungen kommen. Das ist völlig normal. Die Partner bleiben deshalb Partner.

- Der RF muß auf jeden Fall weiter erscheinen, möglichst breit gestreut und sein Fortbestand auf Jahre hinaus vorprogrammiert sein. So ziemlich alles, was der RF bringt, lese ich mit Vergnügen und Interesse. Lerne immer wieder etwas dazu. Besonders gefallen mir die Artikel des Genossen von Schnitzler. Seine Aussage (RF 3/2000) „Nicht Kohl muß weg, nicht Schröder muß weg, das System muß weg!“ spricht mir aus dem Herzen.

Dr.-Ing. Peter Tichauer, Berlin

Vielen Dank für die April-Ausgabe. Sie hat mir sehr gut gefallen. Macht weiter so! Ich würde den „RotFuchs“ gern als festes Abo bestellen. Für's erste lege ich 20 DM in Briefmarken bei. Falls Ihr mir eine Bankverbindung angeben könntet, würde ich auch eine Spende überweisen. Denn Zeitungen wie der „RotFuchs“ müssen gerade heute am Leben erhalten werden.

Lutz Müller, Braunschweig

Gerade habe ich im ZDF den Bericht über den Besuch der Bundesministerin Wiczeorek-Zeul in einem kubanischen Stahlwerk gesehen. Ihrem Aufenthalt in Lande Fidel Castros war 1999 die Reise einer von Herrn Henkel geführten Industriellendelegation vorausgegangen. Nach meiner Auffassung stellt der Besuch von Frau Wiczeorek-Zeul den Beginn des wirtschaftspolitischen Angriffs der BRD zur Liquidierung Cubas dar. Sie war die 1. Angriffsspitze. Die Ministerin hat die Aufhebung der Blockade gegen Cuba nur gefordert, um die Cubaner desto sicherer in das aufgeklappte bundesdeutsche Messer rennen zu lassen. Handeln tut not! Havanna muß sich der Gefahr bewußt sein!

Ich bin heute parteilos, war aber jahrelang in

Konstanz und Düsseldorf Aktivist der KPD. Als Exportfachmann wurde ich von Thyssen wegen Verteidigung der DDR und der Sowjetunion vor 20 Jahren auf die Straße geworfen.

Wolfgang Wallenwein, Düsseldorf

Wir senden Euch unsere Kampfesgrüße und sagen Euch ein herzliches Dankeschön für Eure fleißige und zuverlässige Arbeit. Das aber allein ist es nicht, warum wir uns wünschen, daß der „RotFuchs“ weiter erscheint, weshalb wir ihn auch etwas materiell unterstützen. In Euren Darlegungen finden wir unsere Ansichten bestätigt, können aus aktueller Sicht unsere Kenntnisse auffrischen und erweitern, um diese in der politischen Arbeit anzuwenden.

Günther u. Marianne Blankenhagen, Berlin

Seit längerer Zeit erhalten wir von Euch den „RotFuchs“. Seine Beiträge sind interessant, argumentativ, bereichern das bisherige Wissen und dienen zur weiteren Ausprägung des eigenen Standpunktes. Der Kreis der „RotFuchs“-Leser wird immer größer. Zur Unterstützung Briefmarken im Wert von 40 DM.

**Lothar Hilbert, Langenbogen
Karl-Heinz Falkenstein, Halle**

Ganz herzlichen Dank für die regelmäßige Lieferung des „RotFuchs“. Ich bin begeistert! Die Artikel sind wirklich eine Bereicherung für die politische Auseinandersetzung. Vor allem bin ich froh über die Informationen, die die bürgerliche Presse vorenthält. Mit Dank, Eure Genossin

Andrea Weis, München

Seit Januar bekomme ich von Euch regelmäßig den „RotFuchs“ zugesandt, den ich mit Interesse verfolge. Ich hatte eigentlich vor, einen längeren Leserbrief zu schreiben, schaffe das aber zeitlich nicht mehr, da wir morgen zur Kur fahren. Nach unserer Rückkehr und dem Parteitag schreibe ich ausführlicher. Da eine Zeitung bekanntlich Geld kostet, füge ich als Anlage einen Verrechnungsscheck über 200 DM bei. Die Spende ist von Gudrun und Klaus Ehlert und von dem Genossen Heinz W. Hammer. Dem „RotFuchs“ alles Gute!

Gudrun Ehlert, Essen

(...) Der Inhalt des „RotFuchs“ bestätigt mir, daß es noch viele Genossen und Freunde gibt, die ihrer marxistischen Weltanschauung treu geblieben sind. Ich bin 75 Jahre alt und habe meine politische Arbeit in den zurückliegenden Jahrzehnten für die Bürger der DDR getan. Sie war immer meine Heimat. Ich werde die Zeitschrift in Gesprächen mit meinen vielen Bekannten nutzen. Ich freue mich schon auf weitere Beiträge mir vertrauter ständiger Mitarbeiter der Zeitschrift - unter ihnen Dieter Itzerott.

Manfred Hohe, Grimma

Im neuesten „RotFuchs“ fand ich den Beitrag zum 100. Geburtstag von Maurice Thorez besonders interessant. Ich lernte den Führer der französischen Kommunisten 1948 als Gastarbeiter im Bergbaurevier des Departements Pas-de-Calais kennen. Leider hat ihm die UZ keine Zeile gewidmet. Gut auch Euer Bericht über die PCF, zu deren Sektion in Les Clays sous Bois wir Röthenbacher DKP-Genossen Kontakte haben, das es eine Partnerschaft gibt. Macht weiter so und anbei einige Pfennige fürs Porto.

Erich Schreier, Röthenbach/Pegnitz

„Wir haben nichts gegen Antifaschisten“, so verlautete - folgt man der Berliner „Morgenpost“ - aus Treptower CDU-Kreisen. „Aber zehn Straßen mit den Namen von Widerstandskämpfern - wo bleiben da die verdienstvollen Demokraten? Das ist ein Mißverhältnis.“

